

Wöchentlich 66 Bl., monatlich 3,60 M. im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgeringeb. und 72 Pf. Postbeiträge. Auslandsendonement 6.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage: „Post und Zeit“, Berliner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bühnenwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbildg.“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Telefon: Ebnhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Et. 8. u. Dis.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einzige Tageszeitung des Vorkriegs- und Kriegsjahres. „Kleine Zeitung“ des jetzigen Wortes. Jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. Teil. Einmalige das erste Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro, Lindenstr. 3, wochentags von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor.

# Aufruf zur Maifeier 1931

## Arbeiter, Angestellte, Beamte Berlins!

Wie alljährlich, so feiert auch in diesem Jahre in allen Ländern der Welt die Arbeiterschaft den

### 1. Mai, den Weltfeiertag der Arbeit.

Au diesem Tage versammelt sich das Volk der Arbeitnehmer unter seinen roten Fahnen und demonstriert in gewaltigen Massenkundgebungen für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Ueber alle Grenzen hinweg reichen sich die Arbeiter der Welt die Bruderhand und fordern von ihren Regierungen die Förderung aller friedensfreundlichen Bestrebungen, fordern die internationale Abrüstung der waffenstarrten Nationen und verurteilen aufs schärfste alle blutigen kriegerischen Auseinandersetzungen. Die ständigen Parolen jeder Maifeier lauten:

- Für den Völkerrfrieden!
- Für die Abrüstung!
- Für internationale Verständigung!

Die Arbeiterschaft der Welt begeht in diesem Jahre ihren Feiertag unter dem Anstern einer die ganze Welt vergiftenden Wirtschaftskrise. In Amerika, Asien, Australien, Afrika und Europa liegen Fabriken still und Maschinen. Überall rüftet sich die international eng verbundene Kapitalistenklasse zum Generalangriff auf die Rechte und die Lebenshaltung der Proletariat.

### 20 Millionen Arbeitslose

Über fünf Kontinente sind ausgestoßen aus dem Produktionsprozess. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in der ganzen Welt fordern von ihren Regierungen deshalb:

### Internationale Vereinbarungen zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit!

Die deutsche Arbeiterschaft leidet unter der Weltwirtschaftskrise besonders schwer. Fast jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland ist arbeitslos. Die Zahl der Kurzarbeiter ist riesengroß. Der Druck der übergroßen industriellen Reservearmee begünstigt den Kampf der deutschen Arbeitnehmer gegen das heutige Lohnniveau und das Tarifvertragswesen, gegen die Sozialversicherung und die Sozialpolitik. Die deutschen Gewerkschaften stemmen sich mit ihrer ganzen Kraft der Gewalt dieses Vorstoßes entgegen. Sie werden unter allen Umständen und mit allen Mitteln die von den deutschen Kapitalisten und ihren faschistischen Prätorianergarden gemollte Vereinfachung der proletarischen Massen verhindern.

### Arbeiter, Angestellte, Beamte Berlins!

Die Berliner freien Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen fordern euch auf, am 1. Mai durch eine gewaltige

### Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Ortsausschuß Berlin)

### Allgemeiner freier Angestelltenbund (Ortsstelle Berlin)

### Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Bezirksausschuß Berlin)

### Neuer Konflikt Danzig-Polen.

Rücktritt des polnischen Gesandten.

Danzig, 15. April.

Minister Strassburger, der Leiter der diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig, hat heute sein Rücktrittsgesuch eingereicht mit der Begründung, daß nach den Vorgängen der letzten Zeit die Sicherheit der polnischen Bevölkerung in Danzig nicht mehr gewährleistet sei. Der Minister beruft sich weiter auf die vom Senat zurückgezogene Revision im Gengierki-Prozess, obwohl nach Ansicht des Ministers Polen sowie dem hohen Kommissar der Senat die Revision des Urteils versprochen.

Der Schritt Strassburgers ist nach polnischen Meldungen darauf

zurückzuführen, daß zahlreiche polnische Staatsbürger in Danzig überfallen worden sein sollen. Der Eisenbahner Bengierki hatte den Bürobeamten der polnischen Staatsbahndirektion in Danzig, Storbicki, in der Notwehr erstochen und war vom Danziger Schwurgericht am 10. März d. J. freigesprochen worden.

Minister Strassburger ist seit Februar 1924 auf seinem Danziger Posten tätig.

### Alfons nach Marseille unterwegs.

Gibraltar, 15. April.

Der spanische Kreuzer „Principe Alfonso“, mit König Alfons an Bord, hat, wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, Kurs auf Marseille genommen. Infant Juan bleibt vorläufig in Gibraltar. Ueber seine Weiterreise nach Frankreich oder England steht noch nichts fest.

### Monarchisten-Internationale.

Sie tobt über die spanische Revolution.

Für die Monarchisten aller Länder ist der Sturz der spanischen Dynastie ein böser „Schlag ins Kontor“. Sie empfinden mit Recht, daß mit jedem neuen Sieg der republikanischen Gedanken in der Welt ihre Hoffnungen auf die Wiederaufrichtung gestürzter Throne verringert und die bestehenden Republiken fester verankert werden. Um so mehr hat die sozialistische Arbeiterschaft aller Länder Grund zur Genugtuung über die Flucht Alfons XIII. und die Proklamierung der Republik in Spanien. Sie braucht diese Befriedigung um so weniger zu verbergen, als sie sich zur Idee der Internationalen offen bekennet. Gerade dieses Bekenntnis zur Internationalen wird ihr aber als schlimmstes Verbrechen angekreidet.

Die Reaktion dagegen wagt es nicht, sich offen zu ihrer Internationalen zu bekennen. Aber die Stellungnahme ihrer Presse zu den Ereignissen in Spanien läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Aus ihren Kommentaren spricht die unbedingte Solidarität zwischen den Anhängern der gestürzten Hohenzollern und dem gestürzten Bourbonen-Habsburg. Mit auffallender Bestimmtheit wird die Tatsache unterstrichen, daß Alfons keine formelle Abdankungsurkunde unterschrieben habe. Noch am Grabe pflanzen sie Hoffnung auf!

Darüber hinaus wird von den deutschnationalen Blättern ein sehr billiges Argument verwendet, um in Deutschland Stimmung gegen die spanische Republik zu machen. Ebenso wie die „Berliner Börsenzeitung“ ihren Leitartikel schlankweg überschreibt: „Frankreichs Werk“, wird in der gesamten Rechtspresse dieser Faden gesponnen.

Diese Unterstellung ist ebenso falsch wie unklug. Falsch, weil sie auf einer völligen Verkennung des tatsächlichen Verhältnisses zwischen der gestürzten spanischen Dynastie und Frankreich beruht. Es ist zwar richtig, daß Alfons XIII. für die Aufrechterhaltung der spanischen Neutralität im Weltkrieg eingetreten ist, aber er hat trotzdem nie einen Hehl aus seiner Sympathie für die Sache der lateinischen Mächte gemacht. Wenn französische reaktionäre und monarchistische Blätter wie der „Intransigent“, das „Echo de Paris“, die „Liberte“ und die „Action Francaise“ ihrer Trauer über den spanischen Umsturz Ausdruck geben und sie mit der Franzosenfreundlichkeit des Königs Alfons begründen, so kommen sie damit der Wahrheit viel näher als jene deutschen Blätter, die über die angebliche Deutschfreundlichkeit dieses Monarchen Tränen der Rührung vergießen.

In Wirklichkeit empfand die spanische Königsfamilie aus vermandtschaftlichen und religiösen Gründen eine gewisse Verbundenheit lediglich mit den österreichischen Habsburgern und den bayerischen Wittelsbachern, keineswegs aber mit Deutschland schlechthin und am allerwenigsten mit den protestantischen Hohenzollern. Wie wenig Frankreich der spanischen Revolution Vorschub geleistet hat, erlieht man daraus, daß noch vor wenigen Wochen die französische Regierung auf Verlangen des königstreuen spanischen Botschafters Duinones de Leon den geflüchteten spanischen Republikanern und Sozialisten untersagte, sich in der südlichen Hälfte Frankreichs, also allzu nahe an der spanischen Grenze, aufzuhalten, eine Maßnahme, deren Dienstbefähigkeit gegenüber der spanischen Dynastie von der Pariser Linkspresse scharf kritisiert wurde. Der Oberst Macia, der jetzt zum Präsidenten der katalonischen Republik ausgerufen worden ist, wurde seinerzeit aus Frankreich ausgewiesen, dem Major Franco wurde vor wenigen Monaten nach seiner glücklichen Flucht aus dem Gefängnis der Aufenthalt in Frankreich durch allerlei Schikanen außerordentlich erschwert — ist das die Art, wie eine Regierung fremden Revolutionären Vorschub leistet, kann man da noch ernstlich die spanische Revolution als das „Werk Frankreichs“ hinstellen?

Außerdem ist diese Unterstellung höchst unklug gerade vom nationalen deutschen Standpunkt. Hat Deutschland wirklich ein Interesse daran, daß es morgen in der spanischen Presse allgemein heiße, in Deutschland werde die siegreiche spanische Republik als ein Werkzeug Frankreichs hingestellt? Hat denn Deutschland gegenwärtig in der Welt so viele Freunde, daß es Spanien, das über einen halbständigen Sitz im Völkerbundsrat verfügt, unbedingt in die Arme Frankreichs treiben muß? Sollte nicht das deutsche Volk im Gegenteil allen Anlaß haben, seine Freundschaft zum spanischen Volk heute mehr denn je zu betonen, wo nicht mehr der Wille des Königs, sondern der eindeutige Wille des Volkes selbst den Ausschlag gibt?

Es wäre freilich zunichtel von jenen deutschnationalen Monarchisten verlangt, daß sie solche wahrhaft nationalen Erwägungen anstellen. Zumal in einem Augenblick, wo sie durch das Volksbegehren in Preußen einen verzweifelten Versuch unternehmen, das Bollwerk der Republik in Deutschland zu untergraben und, wie es am Sonntag in einer Veranstaltung des Nationalverbandes Deutscher Offi-

ziere offen zum Ausdruck gebracht wurde, durch diesen Vorstoß gegen das „marxistische Preußen“ die Wiederaufrichtung der Hohenzollernmonarchie anbahnen wollen. So erklärt es sich, daß die „Deutsche Zeitung“ unter der Überschrift „Böbelherrschaft in Madrid“ den Eindruck erwecken will, als wäre in Madrid und Barcelona die Herrschaft des Lumpenproletariats ausgerufen worden.

Spähtig ist übrigens noch folgende Feststellung: Während im allgemeinen die außenpolitischen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ von der „Kreuz-Zeitung“ übernommen werden, ist in diesem Falle von jener Regel abgewichen worden. Der Außenpolitiker der „D. Z.“ hatte nämlich freiwillig die merkwürdige Aehnlichkeit zwischen den letzten Tagen der spanischen Monarchie und des deutschen Kaiserthums im November 1918 festgestellt: „Die Monarchie gibt sich selbst auf, ohne das letzte und äußerste versucht zu haben.“ Die „Kreuz-Zeitung“, die ja im Hause Doorn gelesen wird, hat diese etwas peinlichen Reminiscenzen nicht übernehmen wollen, um so mehr aber das Thema „Französische Intrige“ breitgetreten.

Wo unsinniges Zeug zusammengeschrieben wird, darf natürlich die kommunistische Presse nicht fehlen. Was brauchen ihre Leser auch zu wissen, daß es in Spanien noch weniger Kommunisten gibt als etwa in England oder in Belgien? Die „Rote Fahne“ verlangt schon die Ausrufung der spanischen Arbeiter- und Bauernrepublik, ihr ist diese Revolution viel zu friedlich und unblutig verlaufen. Münzenberg läßt dagegen den Generalfreik in Madrid und in den anderen großen spanischen Städten proklamieren, und er weiß schon von blutigen Straßenkämpfen zu berichten. Wer steht an der Spitze dieser Bewegung? Die „Revolutionären Gewerkschaftsorganisationen“. Auch dort marschieren also die KPD. natürlich an der Spitze.

### Das Abschiedsmanifest. Rein endgültiger Verzicht.

Paris, 15. April.

Die Hamas aus Handansicht meldet, ist an der französisch-spanischen Grenze das Manifest eingetroffen, das Alfons beim Abschied von Madrid hinterließ. Es lautet:

Die Wahlen, die am Sonntag stattfanden, zeigen mir klar, daß ich heute die Liebe meines Volkes verloren habe. Mein Gewissen sagt mir, daß diese Abneigung keine endgültige sein wird, weil ich stets bemüht war, Spanien zu dienen. War doch mein einziges Ziel auch unter den kritischsten Umständen, das öffentliche Interesse selbst. Ein König kann sich täuschen und zweifellos habe ich selbst bisweilen geirrt.

Aber ich weiß wohl, daß sich unser Vaterland stets gegenüber Fehlern, die nicht aus Boswilligkeit stammen, großmütig gezeigt hat. Ich bin der König aller Spanier.

Ich hätte verschiedene Mittel anwenden können, um die königlichen Vorrechte aufrechtzuerhalten und meine Gegner wirksam zu bekämpfen. Aber ich will alles beiseite lassen, was meine Landeskarte in einen mörderischen Bürgerkrieg stürzen könnte.

Ich verzichte jedoch auf keines meiner Rechte, weil sie über meine Ansprüche hinaus das von der Geschichte angeerbte Gut sind und weil ich eines Tages strenge Rechenschaft über die Verwaltung dieses Schatzes abzulegen haben werde. Ich warte den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung des Volkes ab und

sehr festwillig die Ausübung der königlichen Gewalt solange aus, bis die Nation sich geduldet hat.

Ich entferne mich aus Spanien. Hiermit erkenne ich an, daß Spanien allein Herr seines Geschicks ist. Auch heute glaube ich, die mir durch die Liebe zu meinem Vaterland diktierte Pflicht zu erfüllen. Ich lasse Gott an, daß die übrigen Spanier sich ihrer Pflicht ebenfalls so tief bewußt sein mögen wie ich.

### Das Privatvermögen sichergestellt.

London, 15. April. (Eigenbericht.)

Die englischen Zeitungen widmen dem Sturz der spanischen Monarchie und der Errichtung der Republik ganze Spalten. Das persönliche Schicksal des Königs und seiner Familie wird zwar bedauert, jedoch als unabwendbare Folge der von Alfons eingelegten Diktatur und ihrer Mißwirtschaft betrachtet. Die Königin, eine Enkelin der Königin Victoria, und Alfons selbst erfreuen sich in England stets größter Sympathien. Es wird deshalb damit gerechnet, daß die geflohenen spanische Königsfamilie England zu ihrem Exil wählen wird. Im Londoner Schloß der 74jährigen Schwiegermutter des Königs werden bereits Empfangsarrangements getroffen. Außerdem wissen die Abendblätter vom Dienstag zu melden, daß Alfons, der ein guter Geschäftsmann sei, bereits vor längerer Zeit

den Hauptteil seines sehr großen Vermögens in London in Sicherheit gebracht

habe. Der bisherige spanische Botschafter in London, Merry del Val, hat am Mittwochvormittag demissioniert und wurde nachmittags um drei Uhr beim König von England zum Abschiedsbesuch empfangen, ein Beweis, daß die neue spanische Regierung den Rücktritt des Londoner Botschafters, der seit 1913 diesen Posten inne hatte, angenommen hat. Der Prinz von Wales, der sich auf der Rückreise von Argentinien befindet, hatte ursprünglich die Absicht, seine Verwandten in Madrid zu besuchen. Nunmehr verkundet offiziell, daß der englische Thronfolger Madrid nicht besuchen wird.

### Die Abfahrt aus Carthagena.

Madrid, 15. April. (Eigenbericht.)

König Alfons ist am Mittwoch früh, kurz nach vier Uhr, in Begleitung des Infanten Alfons von Orleans, des Herzogs von Miranda, des Admirals Rivera und einiger Offiziere seiner Schloßwache in Carthagena eingetroffen und hat sich sofort an Bord des Kreuzers „Principe Alfonso“ nach England eingeschifft. Als der König auf der Landungsbrücke erschien, tief eine unter den wenigen anwesenden Personen: „Es lebe der König!“ Die Abteilgen antworteten im Chor: „Es lebe die Republik!“ Als der König sich von den ihn begleitenden Offizieren verabschiedete, soll er geurufen haben: „Es lebe Spanien!“

Der Mittwoch wurde in Spanien als Nationalfeiertag begangen. Am Freitag soll jedoch der 14. April Nationalfeiertag sein.

# Die Franzen-Wirtschaft.

## Beschwerde gegen „Volksfreund“-Verbot. — Anklage gegen Franzen.

Braunschweig, 15. April. (Eigenbericht.)

Gegen das Verbot des „Volksfreund“ hat dessen Rechtsbeistand, der frühere braunschweigische Minister Dr. Jasper, eine Beschwerde an den braunschweigischen Minister des Innern eingereicht und gleichzeitig beantragt, das Verbot unverzüglich aufzuheben.

In der Begründung der Beschwerde wird nachgewiesen, daß der „Volksfreund“ nicht zum Ungehorsam gegen Bestimmungen des braunschweigischen Gesetzes über die Gemeindefreien vom 8. April 1913 aufgefordert oder angereizt habe. Insbesondere sind die Eltern der Kinder nicht aufgefordert worden, die Schulpflichtigen am 10. und 11. April vom Schulbesuch fernzuhalten. Es bedurfte auch gar keiner besonderen Aufforderung des „Volksfreund“ zum Schulstreik, weil die beteiligte weltliche Elternschaft bereits im Streik stand, als die Veröffentlichungen des sozialdemokratischen Blattes über die Sache erfolgten. Die betreffende Nummer des „Volksfreund“, die zum Verbot herangezogen wird, gelangte erst nachmittags, rund 24 Stunden nach dem Streikbeschluss, in die Hände der Leser. Auch zum Weiterstreiken konnte der „Volksfreund“ nicht auffordern, weil von vornherein der 10. und 11. April als Streiktage festgelegt waren.

Die Verfügung des braunschweigischen Innenministers widerspricht vollkommen dem Sinn der Notverordnung, die politischen Ausschreitungen vorbeugen will. Die Verfügung datiert vom 14. April, als der Schulstreik längst beendet war. Insofern ist die Berufung auf die Notverordnung völlig unbegründet und unzulässig. Aber auch einer sinngemäßen Auslegung der Notverordnung widerspricht das Verbot. Wenn der Hälfte der braunschweigischen Bevölkerung ihre Presse auf die Dauer von drei Wochen vorenthalten wird, so wird die Erregung und Erbitterung nur wachsen, so daß

politische Ausschreitungen, die die Notverordnung doch gerade verhindern soll, nicht ausgeschlossen sind, sondern herausgefordert werden. Mit dieser Möglichkeit ist um so mehr zu rechnen, als einseitig gegen den „Volksfreund“, das einzige republikanische Organ der Landeshauptstadt, vorgegangen wird, während reaktionäre Blätter, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“, fast täglich die Republik herabsetzen, Fremdenländer und Gewalttätigkeiten preisen dürfen, ohne daß das braunschweigische Staatsministerium einzuschreiten sich veranlaßt sieht. Es sei auch darauf hingewiesen, wie einseitig der braunschweigische Minister des Innern in eigener Sache handelte, Plakate beschlagnahmte, die sich mit seinem Verhalten an Tage der Reichstagsöffnung (Hans Guth-Johse, wegen dessen gegen den Minister ein Verfahren wegen Begünstigung schwebt) beschäftigten, aus diesem Grunde Verhaftungen unter freiem Himmel verbot, und wie ferner sein Verhalten gegenüber der ihm unterstellten Polizei aus Anlaß einer Tagung der RSDAP in Braunschweig Veranlassung war, daß der Reichsminister des Innern Bericht von ihm anforderte, um zu prüfen, ob die Polizeikostenzuschüsse des Reichs etwa zu sperren seien.

Jedenfalls geht das Verbot sowohl sachlich als auch zeitlich über das Maß hinaus, das vom unrichtigen Standpunkt des Ministers vielleicht als Verbot angesehen werden könnte. Die Beschwerde gegen das Verbot führt schließlich noch an, daß das gleichzeitige Verbot der im Verlag Riede u. Co. erscheinenden Kopfbücher in keiner Weise gerechtfertigt ist. Weder im Verbreitungsgebiet der „Dorfmeyer Volkszeitung“ noch des „Harzer Echo“ hätte zum Schulstreik und damit zu Gesetzeswidrigkeiten aufgefordert werden können. Infolgedessen wird beantragt, das Verbot unverzüglich aufzuheben und, falls das braunschweigische Staatsministerium diesem Antrag nicht entspricht, die Beschwerde unverzüglich dem Reichsminister des Innern vorzulegen.

# Spaniens provisorische Verfassung

## Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften. — Nachprüfung der Marokkokatastrophe. — Vor der Nationalversammlung.

Madrid, 15. April.

Die „Gazeta de Madrid“ veröffentlicht das provisorische Statut der republikanischen Regierung. Es lautet:

Die provisorische Regierung übernimmt wegen ihres provisorischen Charakters als oberstes Organ die hohe und schwere Aufgabe, als eine mit Vollmachten ausgestattete Regierung zu handeln. Sie hat nicht die Bürgerrechte aufzugeben, deren grundsätzliche Festlegung und Regelung der verfassunggebenden Versammlung vorbehalten bleibt. Da jedoch die aus der Vollmacht sich ergebende Lage keine willkürliche Handhabung der Regierungsgeschäfte zur Folge haben darf, erklärt die Regierung feierlich, daß sie sich bei ihrer Tätigkeit von Rechtsgrundsätzen leiten lassen wird, die eine Begrenzung der Regierungstätigkeit bedeuten und dem Lande sowie den behördlichen Organen die Gedanken veranschaulichen, nach denen spätere Dekrete erlassen werden sollen. Demzufolge erklärt die Regierung:

Artikel 1.

Angelehnt dem demokratischen Ursprung ihrer Regierungsgewalt und gemäß dem Grundsatz der Verantwortlichkeit, von dem die staatlichen Organe sich leiten lassen müssen, werden die Regierung als Ganzes und die einzelnen Regierungsmitglieder einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit den verfassunggebenden Cortes erstatten, sobald der Augenblick gekommen ist, die Macht an diese abzugeben.

Artikel 2.

Um den berechtigten und nicht befriedigten Wünschen Spaniens nachzukommen, beschließt die Regierung, zwecks Klärung der Verantwortlichkeit und im öffentlichen Interesse die näheren Umstände bei der Auflösung des Parlaments im Jahre 1923 einer Nachprüfung zu unterziehen. Das gleiche gilt für alle bisher erfolgten Handlungen. In den offiziellen zivilen und militärischen Behörden wird man an eine Nachprüfung sämtlicher Handlungen gehen, die während des gleichen Zeitraumes begangen wurden. Die Regierung will in dieser Art verfahren, damit die Pflichterfüllung und Willkür, wie sie dem zu Ende gegangenen Regime eigen waren, öffentlich festgelegt werden.

Artikel 3.

Die provisorische Regierung erklärt öffentlich die Gewissensfreiheit, Glaubensfreiheit und Kultfreiheit respektieren zu wollen. Sie verzichtet auf die vom Staate gebundene Religiosität, von den Bürgern eine Erklärung über ihre religiöse Ueberzeugung zu fordern.

Artikel 4.

Die provisorische Regierung wird die persönliche Freiheit nicht nur respektieren, sondern sie durch Gewährung von Garantien zu erweitern und zu stärken sich bemühen. Die provisorische Regierung erkennt als Grundsatz der modernen Rechtsauffassung die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften an, die sie als Grundlage des neuen Sozialrechts ansieht.

## Unser neuer Roman.

„Die fliegende Familie“, der kleine Roman des ungarischen Spätnaturalisten Jend Lersanzky, mit dessen Veröffentlichung wir heute beginnen, ist die Geschichte eines Künstlers. Schlicht, unpatetisch, aber mit großer Innigkeit erzählt der Dichter das Schicksal eines Wanderzirkus, der vom Winter gezwungen wird, seine Fahrt zu unterbrechen. Schicksalschläge, materielle Not, können den Drang nach Freiheit und nach Abenteuer in diesen Menschen nicht töten. Der Roman spielt in der eigenartigen bäuerlichen Atmosphäre eines magyarischen Dorfes, einfache Leute sind seine Hauptpersonen. Ein kleiner Knabe erlebt das Ganze und erzählt sein Erlebnis später als erwachsener, reifer Mann, als ihn ein Zufall mit dem Gespielen seiner Kindheit zusammenführt. Die Resignation eines verfallenen Lebens liegt wie ein düsterer, unwidriger Nebel über dem Geschehen. Der Roman ist nicht sensationell, aber echt empfundene Dichtung.

Artikel 5.

Die provisorische Regierung erkennt das Privateigentum als durch die Gesetze garantiert an. Infolgedessen wird niemand enteignet werden können, soweit dies nicht im öffentlichen Interesse geboten erscheint. Doch wird in diesem Falle vorher der zu Enteignende entschädigt werden. Ueberdies stellt die provisorische Regierung, von der Ermägung ausgehend, daß bisher die gemaltige Waffe der spanischen Landbevölkerung und die Landwirtschaft des Landes vernachlässigt worden ist, als Grundlag auf, daß das Landwirtschaftsrecht wegen der sozialen Bedeutung des Bodens eine besondere Beachtung verdient.

Artikel 6.

Die provisorische Regierung erklärt wegen der Gründe, die ihren Machtbefugnissen den Charakter der Vollmacht geben, daß sie sich eines wahren Vergehens schuldig machen würde, wenn sie die in der Entstehung begriffene Republik den Wänden ihrer Gegner, die die Festigung des Regimes hindern könnten, ausliefern wolle. Infolgedessen behält sie sich das Recht vor, zeitweilig die in Artikel 4 anerkannte persönliche Freiheit einem gerichtlichen Vorgehen der Regierung zu unterwerfen. Die Regierung wird jedoch zu gegebener Zeit den verfassunggebenden Cortes über ein entsprechendes Vorgehen Rechenschaft ablegen.

## Stückwünsche der Gewerkschaftsinternationale.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Landesgenerale der spanischen Gewerkschaften am Mittwoch zu dem Sieg der Demokratie herzlich beglückwünscht. In einem Stückwunschtelegramm des Bundes an den Vorsitzenden des spanischen Gewerkschaftsbundes Caballero wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es gelingen möge, alles das zu verwirklichen, was zur Emanzipation der spanischen Arbeiter zu führen geeignet sei.

## Ein Verfassungskonflikt in Bayern.

Steht der Staatsgerichtshof über die Volksvertretung?

München, 15. April. (Eigenbericht.)

Der bayerische Staatsgerichtshof hat dem Landtag in der Begründung der kürzlich abgemietenen Kassfrage auf Auflösung des bayerischen Parlaments ein förmliches Ultimatum gestellt.

In dem Ultimatum heißt es, der Landtag habe jetzt die verfassungsrechtliche Pflicht, aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofes vom 12. Februar 1930, in der die Verfassungswidrigkeit der Artikel 42 und 58 des alten Bundeswahlgesetzes (Bundesmandate) festgestellt worden ist, die notwendigen Folgerungen zu ziehen und die Wahlprüfung endlich vorzunehmen. Es sei mit der verfassungsrechtlichen Stellung des Landtags nicht vereinbar, wenn er länger als unbedingt notwendig als Mitglieder des Landtags ausdrücklich oder stillschweigend Personen anerkennt, deren Berufung als Abgeordnete auf ungültigen Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes beruht. Schließlich droht der Staatsgerichtshof, daß er im Laufe eines neuen Verfassungskonfliktes künftige Beschlüsse der Volksvertretung als ungültig erklären werde, wenn der Landtag seine Verpflichtung zur Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht erfüllt.

Es ist bemerkenswert, daß der Staatsgerichtshof die juristische Auffassung der bayerischen Regierung in der Frage fast in allen wesentlichen Punkten als unhaltbar zurückweist. Da die Regierung in ihrer Doktrin von der Bayerischen Volkspartei und anderen politischen Kräften gestützt wird, ist anzunehmen, daß sich an die Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Parlament und in der Öffentlichkeit besondere Auseinandersetzungen knüpfen werden. Der Streit wird wohl in der Hauptsache darum geführt werden, ob es staatsrechtlich überhaupt angängig ist, daß der Staatsgerichtshof der Volksvertretung gegenüber eine übergeordnete Stellung einnimmt.

# Eine Kampfansage an den Stahlhelm.

Dr. Heß über die Stellung des Zentrums.

Koblenz, 15. April. (Eigenbericht.)

Auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums, der am Mittwoch in Koblenz begann, äußerte sich der Vorsitzende der preussischen Zentrumspartei, Landtagsabgeordneter Dr. Heß, in einem Vortrag über die Politik des Zentrums in Preußen in eindeutiger entschiedener Weise gegen die Politik der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und gegen das Volksbegehren des Stahlhelms.

Heß führte u. a. aus: Geschichtliche Erfahrungen existieren für die Rechte nicht. Sie sind bereit, da wieder anzufangen, wo sie 1914 aufgehört haben. Als aber Deutschland am 23. Juni 1919 das Messer an der Kehle stand, haben die Nationalisten die damalige Regierung in Weimar angeführt, sie möchte den Versaillesvertrag annehmen. Für die damalige Opposition gaben die Abgeordneten Schiffer, Schulz-Bromberg und Heinzler der Regierung Ehrenerklärungen ab und jetzt belügt man die Welt mit sogenanntem Patriotismus. Bei den außenpolitischen Fragen geht es der Rechten in Wirklichkeit um etwas ganz anderes. Es kommt ihr nicht darauf an, durch Teilnahme an der Reichsregierung ihre außenpolitischen Anschauungen zur Geltung zu bringen, sondern sie will die Macht in Preußen.

In bezug auf das Verhältnis des Zentrums zur Sozialdemokratie betonte Dr. Heß: Mit Gefühlen könne man keine Politik machen. Die Sozialdemokratie habe sich in der Zusammenarbeit mit dem Zentrum volle Klarheit darüber verschafft, daß es Dinge gebe, in denen ein Nachgeben für das Zentrum ausgeschlossen sei. Aber was dem Zentrum recht sei, müsse der bei weitem stärkeren Sozialdemokratie als billig zugestanden werden. In einer weltanschaulich so zerklüfteten Nation wie der deutschen könne man nur auf der Basis der Toleranz miteinander auskommen. Im übrigen trenne das Zentrum auch weltanschaulich von der Rechten kann weniger als von der Linken.

Schließlich beschäftigte sich der Redner noch mit dem Volksbegehren des Stahlhelms und führte dazu aus: „Der Sinn des Volksentscheides ist ein doppelter: man will die preussische innere Verwaltung und mit ihr die Polizei in die Hand bekommen und dann will man von diesem Vorwerk aus die Regierung Brünning unterminieren. Was Brünning geschaffen hat und noch schaffen will, das möchte man auf dem Umwege über Preußen wieder zerbrechen und unmöglich machen. Beim Volksbegehren geht es gar nicht um Preußen, sondern um etwas anderes. Es geht um den Sieg der Unvernunft über den gesunden Menschenverstand, es geht um den Kampf der Reaktion gegen die deutsche Demokratie, es geht um das Reich und um Brünning. Das Zentrum will aber keinen Rückfall in altpreussische Begriffsstarrheit, das Zentrum will keine Reaktion, das Zentrum will, daß Brünning für Volk und Vaterland ruhig und unbehindert seine Arbeit fortsetzen kann, ohne daß ihm diese durch politische Dumtheiten von Preußen aus gestört wird.“

Die Rede des Zentrumsvorsitzenden und Fraktionsführers im Preussischen Landtag wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

## Preußen und die Notverordnung.

Die Beschwerden des Stahlhelm maßlose Ueberreizungen.

Zu den in der Reichspressen erhobenen Angriffen, daß die preussische Staatsregierung dem Stahlhelmvolksbegehren alle nur erdenklichen Hindernisse in den Weg stelle, wird nun zuständig, preussischer Seite erklärt, daß hieron keine Rede sein könne. Die preussische Regierung habe das Volksbegehren zugelassen und schreite nur gegen den Mißbrauch politischer Rechte ein, wie dies in der Notverordnung des Reichspräsidenten vorgesehen sei. Diesen Standpunkt hat der preussische Innenminister Severing bereits wiederholt im Landtag Ausdruck gegeben, zuletzt bei der Anfrage der Volkspartei wegen der Teilnahme von Beamten am Volksbegehren des Stahlhelm.

Wenn einige Polizeibehörden mit ihren Maßnahmen über das Ziel hinausgeschossen sind, hat das preussische Innenministerium sofort eingegriffen. Wie geringfügig Ueberreizungen von örtlichen Polizeibehörden gemessen sind, zeigt sich darin, daß bei einer Zahl von mehr als 30000 preussischen Gemeinden im ganzen nur 12 bis 15 Beschwerden vorliegen. Wenn überhaupt von einigen Polizeibehörden über die Richtlinien des Ministeriums hinausgegangen wurde, so ist dies nur auf die Spannungen zurückzuführen, die die Ausschreitungen der radikalen Parteien hervorgerufen haben.

Was das Stahlhelm-Flugblatt I angeht, das einen angeblichen Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 9. November 1918 enthält, so werde darauf hingewiesen, daß der Rat erst am 10. November zusammentrat. In keinem amtlichen Schriftstück sei irgend ein Anhaltspunkt für das Vorhandensein eines Aufrufs vom 9. November. Auch der Wortlaut spreche gegen die Echtheit des Aufrufs, weil nämlich in diesem Aufrufe von der Weltrevolution die Rede sei. Richtig sei dagegen, daß mit dem Datum vom 13. November ein derartiges Flugblatt von radikaler Seite verteilt worden sei. Trotzdem habe der preussische Innenminister keine Bedenken zurückgestellt und der Berliner Polizeipräsident habe das Verbot des Flugblattes zurückgezogen.

## Zollunion im Europa-Ausschuß.

Deutsche Anträge in Genf.

Genf, 15. April.

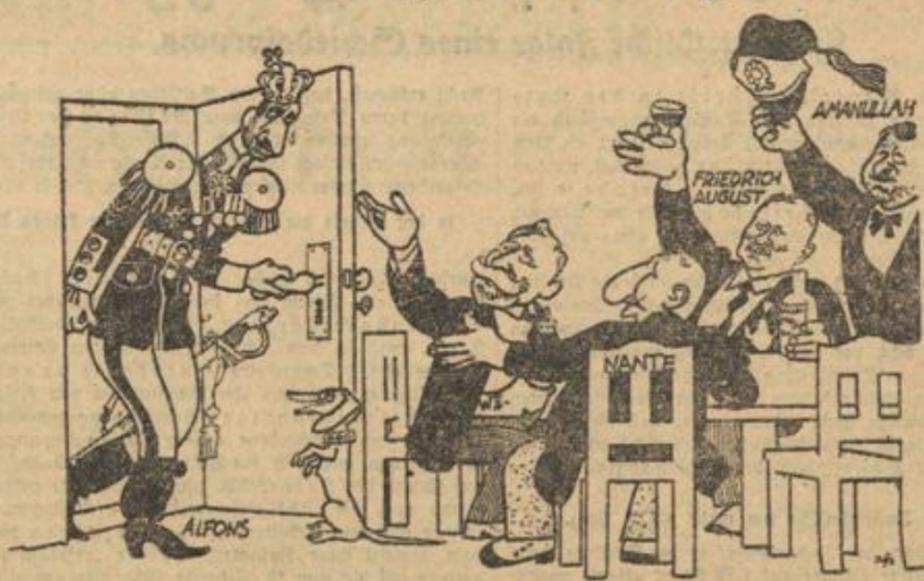
Beim Generalsekretär des Völkerbundes ist eine telegraphische, vom 14. April datierte Note des deutschen Außenministers eingetroffen, in der die deutsche Regierung beantragt, daß die durch das Scheitern der Genfer Handelskonvention entstandene Lage zum Gegenstand einer Aussprache auf der nächsten Tagung der Studienkommission für die europäische Einigung am 13. Mai gemacht wird.

Die deutsche Regierung wünscht bei dieser Gelegenheit eine Erklärung über die Ziele abzugeben, die sie bei den zollpolitischen Verhandlungen mit Oesterreich gefordert haben. Sie hält es überdies für wünschenswert, daß die europäische Studienkommission in eine Erörterung der wirtschaftlichen Lage in Europa eintritt. Diese Frage solle im Rahmen der Tagesordnung, und zwar bei dem Punkt „Wirtschaftliche Fragen“, zur Behandlung kommen.

Weiter hat die deutsche Regierung gemäß der Antündigung, die Staatssekretär z. D. von Simon bereits in Paris auf der Tagung des Organisationsausschusses gemacht hat, gebeten, die Frage der Zollbefreiung für Brennstoffe und Schmiermittel für Autos, Wägen und Luftfahrzeuge auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Reichspräsident empfing den Gesandten der Republik Haiti, Edouard Bougat, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

# Klub der „Ehemaligen“



„Hurra, ein neuer Kollege kommt!“

## Die Abwehr wirkt!

Raketenjammerstimmung bei der Dakenkreuzpartei.

Wie es im Hitler-Lager zur Zeit aussieht, zeigt der Quartalsbericht Januar-März 1931 des Stab V Wehner an die Parteileitung der Nazis in München. In dem Bericht, der sich auf die Vorgänge in den ersten drei Monaten dieses Jahres, also auf die jüngste Zeit bezieht, heißt es u. a.:

„Die Lage für unsere Bewegung hat sich in der Berichtszeit außerordentlich verschlechtert. Wir haben bei weitem nicht mehr den Zulauf wie früher. Einzelne Neuzugänge werden für uns kaum Gutes zeitigen. Die Stimmung ist in der SA. kaum. Die Leute sind und werden scharf angepannt, aber sie sehen unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr den selben Weg zum Ziel. Die Reichstagswahl brachte uns keinen Erfolg. Wir haben sie durch unsere uncharakteristische Einstellung, durch den abgeschwächten Kampf gegen die Reaktion und durch das dauernde Warten mit unserer „Legatität“ nicht ausgenutzt. Wir sind glatt ins Hintertreffen geraten. Der Gegner ist durch unsere Wahlerfolge wieder zusammengekommen worden und wird uns sogar hier, wo wir die Herzen waren, gefährlich. Überall bekommt man zu hören: Warum tun unsere Führer nichts? Die SA. gibt im ganzen Reich unheimliche Opfer an Blut und Arbeitskraft, und der Erfolg? Eines Tages erwachen unsere Führer endlich und der Stahlhelm sitzt in den Birken! Hat München denn überhaupt jede Fühlung mit uns SA-Männern verloren? Alle Besätze, die von dort kommen, bringen neue Uniformbestimmungen oder neue Abzeichen. Und das zu einer Zeit, wo der SA-Mann nichts zu fressen hat!... Geht es in den nächsten Monaten nichts, dann können wir langsam einpaden.“

Das sind die Worte eines Mannes, der aktiv in der Nazibewegung steht, der hört und sieht, was dort vorgeht und die tatsächliche Situation im Hitler-Lager aus Erfahrung kennt. Sie bekräftigen, daß die Hitler-Bewegung keinen Zulauf mehr hat, daß sie ins Hintertreffen geraten ist und „langsam einpaden“ kann, wenn es so weiter geht wie bisher. Dieser Zustand der Nazipartei lehrt uns, daß unsere Abwehr gegen den Faschismus mit Erfolg geführt wurde.

## Franzen als Stennes-Erbe.

In der zweiten Nummer des Blattes von Stennes „Arbeiter, Bauern und Soldaten“ wird berichtet, daß Hitler im Oktober 1930 während des Hochverratsprozesses gegen die Ulmer Reichswehroffiziere Stennes den zu besetzenden Posten eines Ministers des Innern in Braunschweig angeboten habe. Stennes habe sich jedoch nicht kalte Füße lassen wollen.

Danach steht fest, daß Herr Franzen nichts anderes ist, als ein — Stennes-Erbe.

## Bravo Goebbels!

Die hitlerische Legatitätsparade wirkt Wunder. Herr Goebbels hat vor Gericht eine „legale“ Rede gehalten, und sein Kombeur, der „Angriff“, berichtet darüber unter der selten zweifelpfächtigen Ueberschrift: „Goebbels verteidigt die Verfassung“. Siehst du wohl! Wer weiß, was aus dem Jungen alles noch werden wird!

## Hat Hitler kalte Füße?

Palazzo Nr. 2 und die Angst vor Stennes.

München, 15. April. (Eigenbericht.)

Die Absicht Hitlers, noch ein weiteres Palais neben seinem braunen Palazzo zu kaufen, bestätigt sich. Es wird ein Kaufpreis von 400 000 bis 500 000 Mark genannt. Die Verhandlungen sind bereits bis zu den Hausverbuchungsformalitäten gediehen.

Die „Münchener Telegrammzeitung“ weiß dazu zu melden, daß der offizielle Kaufabschluss ausgerechnet an dem Tage hätte erfolgen sollen, an dem Stennes in Berlin gegen die hochkapitalistischen Manieren Hitlers eine Rebellion entfachte. Durch den Sturz in Berlin wurden Hitler und seine Münchener Vertrauten veranlaßt, die Kaufverhandlungen bis auf weiteres ruhen zu lassen. Das hat aber zu einem Konflikt mit dem Besitzer des Palais geführt, der seinerzeit auf Betreiben Hitlers den in dem Palais wohnenden Parteien zum 1. Mai gekündigt hat, weil die hakenkreuzerische Parteileitung mit dem Umbau des Palais bereits in diesen Tagen beginnen wollte. Jetzt ist die Situation so, daß den Parteien zwar gekündigt worden ist, Hitler aber noch nicht endgültig seinen Kaufentschluß bekanntgegeben hat. Auf welche Weise die Differenzen beigelegt werden, ist unbestimmt, da die Nazis ange-

ichts der Berliner Rebellion möglicherweise vom Kauf überhaupt zurücktreten.

## Das gefälschte Geburtsdatum.

Strafverfahren gegen den Nazi-Abgeordneten Kaufmann eingeleitet

Gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Kaufmann, Gauleiter der Hitlerpartei in Hamburg, ist von der Staatsanwaltschaft das Strafverfahren wegen Urkundenfälschung eröffnet worden. Herrn Kaufmann wird zur Last gelegt, anlässlich der Wahlen vom November-Dezember 1924 in seinem Familienstammbuch eine Fälschung vorgenommen zu haben, um ein Jahr älter zu erscheinen und um sich dadurch das passive Wahlrecht zu erschleichen. — Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß Kaufmann für das Handbuch des preussischen Landtags (dem er gleichfalls angehört), ein anderes Geburtsdatum angegeben hat, als für das Handbuch des Reichstags.

In dem Strafprozeß gegen Kaufmann werden dessen Bruder, sowie die Mitglieder des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP für den Bezirk Bergisch-Land-Niederheim (wo Kaufmann früher tätig war), als Belastungszeugen eine maßgebende Rolle zu spielen haben; der Untersuchungsausschuß der NSDAP hat in seinem Urteil vom 22. Juli 1929 ausgesprochen, daß Kaufmann der Urkundenfälschung, des Ordensschwunders, des mehrfachen Ehrenwortbruchs und der Hochapfel überführt ist. Das alles jedoch hat die Hitlerpartei nicht gehindert, Kaufmann zum Reichstagsabgeordneten und zum Gauleiter in Hamburg zu machen!

## Ein Hochverratsprozeß.

2 1/2 Jahre Zerstörung für den Kommunisten Kollwitz.

Leipzig, 15. April. (Eigenbericht.)

Das Reichsgericht verurteilte den früheren kommunistischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Hans Kollwitz aus Köln wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegenüber politisch Andersdenkenden und wegen Aufzuredung zum Ungehorsam gegen die Befehle zu zwei Jahren sechs Monaten Zerstörungshaft, auf die dem Angeklagten sechs Monate erlittener Untersuchungshaft angerechnet werden.

Kollwitz hatte seit April 1929 zwei Jahre lang unter dem Schutze der Immunität in Oesterbe, Köln und anderswo als Parteiredner, durch Zeitungsartikel und durch zahlreiche Flugblätter zu Verboisüberretlungen aufgefordert, die Zerlegung der Polizei und Reichswehr betreiben und immer wieder in Rede und Schrift zum Ausbruch gebracht, daß das Ziel der RPD. nur durch Anwendung von Gewalt erreicht werden könne. Er gab in der Verhandlung zu, sich der Tragweite seiner Handlungen voll bewußt zu sein.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte über das oben angegebene Strafmaß hinaus noch weitere 4 Monate Gefängnis beantragt. Mildernde Umstände wurden dem Angeklagten verweigert; dagegen ist ihm die Ueberzeugungstäterschaft zugestanden worden.

## Kritische Lage der Labourregierung.

Vielfach Stimmenthaltung gegenüber konservativem Antrag

London, 15. April.

Der Mißtrauensantrag, den die Konservativen morgen im Unterhaus gegen die Regierung einbringen werden, wird von einzelnen Parteien, die bisher hinter der Regierung gestanden haben, vielleicht durch eine Stimmenthaltung unterstützt werden. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat heute abend auf einer Sitzung jedermann beschloffen, sich gegebenenfalls der Stimme zu enthalten, wenn die Regierungsvertreter nicht morgen in ihren Reden zum Ausdruck bringen, daß sie wirklich und endgültig sich für einen Fortschritt einsetzen wollen. Die Anhänger Mosleys werden, wie erwartet, bei der morgigen Abstimmung Stimmenthaltung üben, was für die Regierung einen Verlust von sechs Stimmen bedeutet. Auch die Liberalen werden heute abend sich über ihre Haltung bei der morgigen Abstimmung entscheiden. Man glaubt, daß ein Teil der Whigs für, ein anderer sogar gegen die Regierung stimmen und daß ein dritter Teil Stimmenthaltung üben werde.

Der drahtlose Fernsprechanruf mit Siam ist heute mit einem Gespräch zwischen dem Reichspostminister und dem siamesischen Botschafter beim öffentlichen Verkehr übergeben worden. Ein 3-Minutengespräch kostete — 96 M., jede weitere Minute 32 M.



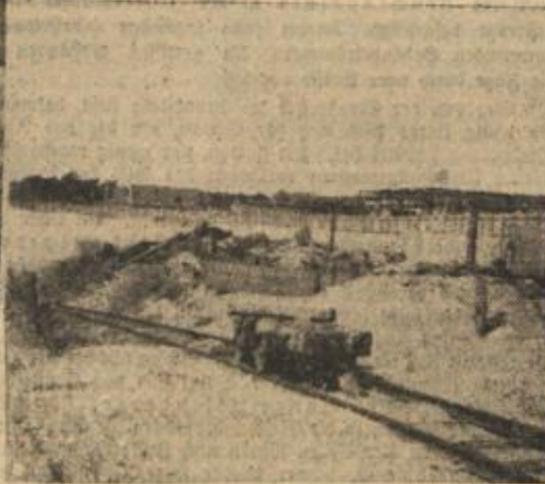
# Am Rande der Großstadt.

Unordentlich wie auf dem Felde der Materialschlacht sieht es am Rande der Großstadt aus. Die Stadt rückt mit Betonmaschinen, Asphaltkochen und Kreissägen an, um zum abertausendsten Male einige hundert Quadratmeter Boden zu erobern und ihren Riesenorganismus einzuverleiben. Gegenüber steht der Grünwald und schaut resigniert auf das geschäftige Treiben unten auf dem Sande, das ihm Baum für Baum entrißt. Das unaufhörliche Wachstum der Großstadt wechselt fortlaufend die Szenerie: mo gestern die Kinder auf einer grünen Wiese Fußball spielten, stehen heute dunkelgraue Oelschalteranlagen wie überzückte Riesen aus der geheimnisvollen Welt der Technik. Draußen an den Rand der Großstadt gestellt, weil sich der Mensch vor ihnen fürchtet, obgleich er ihr Herr ist. Alles ist im Fluß. Fabriken ändern ihr Gesicht wie Frauen ihre Kleider; mo gestern noch Stiefelreize gemischt wurde, entstehen heute Latwerge und Medizin, groß ist das weisse Gebiet der Chemie. Dazwischen exerzieren die Marodeure des Bürgerkriegs: unter halbschweren Fismatentens besänftigen sie Zäune und Wände, einander den Tod wünschend oder die eigene Sekta hoch lobend. Aber deutsch schreiben können sie alle miteinander nicht. Dann wechselt das bunte Bild wieder: mo eben noch farbige Eisenkörbe an einem Bahndamm standen, ist nebenan ein Dreisprungplatz für Schäferhunde, unten braust der Schnellzug nach Köln vorbei, eilig hat es der Zug, um von der Spree an den Rhein zu kommen. Dagegen müssen die Autos am Tor der Avas stoppen und ihren Obolus entrichten, ehe sie auf den spiegelblanken Asphalt dürfen. Dann würde etwas fehlen, wenn auf diesem Kriegsschauplatz zwischen Stadt und Land nicht eine Terrainsgesellschaft Parzellen feilhalten würde,



Die „Sommerwohnung“ der Höhlenbewohner: ein Zelt aus einem alten Plan.

Hinter der Bauausstellung: eine frühere, jetzt zugeschüttete Reichsbahnstrecke.



und zu dem Reklameschild gesellt sich ein zweites, daß rechter Hand der Eingang zur Tribüne C ist, aber das Amphitheater rund des Sportplatzes ist leer und verlassen, die Kassen 1-8 haben ihre Schalter geschlossen; heute ruhen die Rekorde und sind selbst im Schlaf noch voller Argwohn, daß sie nicht gebrochen werden. Zwischen durch da eine Kleingartenkolonie und dort eine Laubensiedlung. Auch der wetterlaunische April hat seine Reize: so silberlich der Tag, so schön der Abend in seltener, farbengesättigter Klarheit. Die Hüner erscheinen noch eine Nuance weißer, und die Lauben waren nie so gelb, so grün und so blau wie in diesen Apriltagen. Als Strandgut der Großstadt steht auf dem Schlachtfeld der Arbeit die selbstgebaute Höhlenwohnung, wie sie unser Bild zeigt. Eben herausgekommen und schmaucht sein Pfeifchen. Unseren Lesern ist er ja kein Unbekannter.

## Milderung der Vergnügungssteuer. Beschlüsse des Steuerausschusses.

Der Steuerausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat in seiner Sitzung am Mittwoch die Beratungen über eine Abänderung der Vergnügungssteuerordnung beendet und bis auf geringe Abweichungen den Vorschlägen des Unterausschusses seine Zustimmung gegeben. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme seiner Abänderungsvorschläge. Die wichtigsten Abänderungen, die nach den Beschlüssen des Ausschusses an der Vergnügungssteuerordnung der Stadt Berlin vom 12. Oktober 1927 vorgenommen werden sollen, sind folgende: Die Strafbestimmungen (§ 15) erhalten folgende Fassung: Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Steuerordnung (§ 356 Reichsabgabenordnung) werden ebenso bestraft wie

die Zuwiderhandlungen gegen Reichsteuerverordnungen. Die Vergnügungssteuer für die Theater soll dadurch herabgesetzt werden, daß der § 33 wie folgt geändert wird: „Künstlerisch hochstehende Veranstaltungen, deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen üblicherweise gestellt werden, werden zu einer Steuer von 3 Proz. (bisher 5 Proz.) der Bruttoeinnahmen herangezogen.“ Im § 34, der über die Vorführung von Bühnenspielen handelt, sollen für die Lichtspieltheater folgende Ermäßigungen eintreten: „Für Eintrittspreise von nicht mehr als 1 Mark tritt eine Ermäßigung der Steuerhöhe ein von 15 auf 12 Proz. bzw. von 12½ auf 10 Proz. bzw. von 9 auf 7 Proz. Werden im Beiprogramm Actisten beschäftigt, und nehmen deren Vorführungen nicht mehr als ein Fünftel des Gesamtprogramms in Anspruch, dann tritt eine weitere Ermäßigung von ½ Proz. ein.“ Weitere Ermäßigungen beziehen sich auf Konzertveranstaltungen und Vergnügungsparks.

## Die Altneu-Passage. Wo einst die Wachfiguren standen.

Ein bedeutendes Stück Berliner Lokalgeschichte hat mit dem Umbau der Passage Friedrichstraße — Unter den Linden seine Wandlung vollendet. Der seltsame und in den letzten Jahren arg verfinsterte Durchgang ist in einer neuen Form wiedererstand. Braun getönter Marmor faßt die Ladenfronten einheitlich zusammen und ein helles, gewölbtes Glasdach verbindet die Fronten in der Höhe des ersten Stockwerkes. Wo einst die Wachfiguren jahrzehntelang ein beschauliches Dasein führten, sind jetzt Büroräume untergebracht, und das Ambiente der lebenden Schemenwürdigkeiten ist lange in alle Winde zerflogen. Am 22. März 1871 wurde die Passage eingeweiht und dem öffentlichen Verkehr übergeben. Das Panoptikum der Gebrüder Costan schlug in der Passage sein Domizil auf und bot in Verbindung mit dem Passage-Theater, dem Passage-Varieté, dem Anatomischen Museum u. a. den Berlinern damals sehr geschätzte Genüsse. Auch das damals im Rundbogen der Passage gelegene altherberühmte Café Red, in dem sich alle Größen der Kunst und Wissenschaft zum Stehbleich trafen, darf nicht unerwähnt bleiben. Die Umwälzung, die durch den Krieg hervorgerufen wurde, hat auch die Passage betroffen und so entwickelte sich allmählich der ganze Gebäudekomplex zu einem Geschäftshaus. Das Panoptikum wurde geschlossen und die Räume nach einem gründlichen Umbau von einer Bank in Benutzung genommen. Immer mehr paßten sich die Geschäfte den heutigen Verhältnissen an, und so kam es, daß schließlich die Passage gründlich umgebaut werden mußte. Die Schaufenster mit ihren Herrlichkeiten wurden entfernt und dafür die Schaufenster bis zur Vorderfläche der Pfeiler vorgeschoben. Die Wände wurden mit Marmor verkleidet und der Fußboden mit roten Marmorplatten und einem schwarzen Basaltmosaik belegt. Aber die Läden mit dem unterhaltlichen Krimstrams aller Art sind geblieben, und man findet auch noch den Laden des alten „Hofmalers“ mit den Riesenbildern verschollener Größen im Goldrahmen und dem ganzen süßen Nostalgie, der standhaft die Jahrzehnte überdauert.

## Zusammengebrochene Hecke.

„Rote Fahne“ und „Deutsche Tageszeitung“ vor Gericht. Wie wir seinerzeit berichteten, hatten sich am 10. Januar d. J. die „Deutsche Tageszeitung“ wie die „Rote Fahne“ vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung des Stadtschulrates Rydahl zu verantworten. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte in ihrer Morgenausgabe vom 30. April 1930 eine kleine Anfrage der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion abgedruckt, die sich mit den üblichen Provisionsgeschäften des Stadtschulinspektors Borchardt beschäftigte und in durchsichtiger Weise den Genossen Rydahl damit in Verbindung gebracht. Und mo damals alles seine Schmutztübel ausgoß, konnte natürlich die „Rote Fahne“ nicht fehlen. Dieses Blatt brachte am 1. Mai vorigen Jahres einen Artikel unter der Ueberschrift „Stadtschulrat Rydahl und seine Gräfin“, worin die Verleumdungen der Rechtspresse nachgehakt und breiigemalt wurden. Wegen dieser beleidigenden Anwürfe hatte die Staatsanwaltschaft gegen die beiden Zeitungen Anklage erhoben. Damals, am 10. Januar, hatten nun die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Rote Fahne“ versprochen, für ihre Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Aber der gestrige Verhandlungstag erwies, daß an den Verleumdungen und Verdächtigungen kein wahres Wort ist. So bekundete der Pianofortefabrikant Boigt, daß er Rydahl wohl eine Provision für zehn an Berliner Schulen zu liefernde Klaviere angeboten habe; Boigt fragte, wie er sich für den Auftrag erkenntlich zeigen könne, aber Rydahl habe stricke ein derartiges Ansinnen abgelehnt. Außerdem wurde zu der Klavierangelegenheit festgestellt, daß die Instrumente angefordert und ausgeführt wurden nicht von Rydahl, sondern von den einzelnen Schulen. Im übrigen bekundete der vereidigte Sachver-

**Tersanky J. Jenö**  
**DIE FLIEGENDE FAMILIE**  
Geschichte eines Artisten

Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Saecker-Masock.  
Erstes Kapitel.

das uns zeigt, welch großer Schaden der Nuhm verursacht, der einem zu Kopfe steigt, besonders, wenn er dort mit Alkohol zusammentrifft.

An einem Samstagabend gegen Ende November erstrahlte an dem Türflügel des Dorfwirtshauses ein regelrechtes, aber handgeschriebenes Plakat. Drei Namen spielten darauf eine Rolle, und zwar:

- Mister Fred, der berühmte englische Akrobat.
- Miß Palma, ungarische Solotänze und entzückende Viedervorträge.
- Mister Tom, Zauberkünstler.

Es war neun Uhr. In der Trinkstube des Wirtshauses hatte Miß Palma auf einem Bretterpodium ihr gefühlvolles Liedchen vom kleinen Kadetten und ihren Solotanz lobend beendet. Auf ihrem vollen, blattennarbigem Gesicht drang der herabrinnende Schweiß durch die dicke Puderschicht, aber die entstandenen Risse wurden glücklicherweise gleich wieder vom Staub bedeckt, der von den Brettern durch den Tanz emporkirbelte. Inzwischen nähte Mister Tom ein schnellgezimmerten Bretterverschlag, genannt „Garderobe“, mit Erfolg einen braunen Flicker auf den Ellbogen seines Vilsafracks über eine schon blau geflickte Stelle. Er war ein verschrumptes, altes Männchen mit einer Frage, die selbst bei einer Affenschnitzkonkurrenz keinen Preis davongetragen hätte. Mister Fred, der erst nach Tom an die Reihe kam, sah in der kleineren Trinkstube und potulierte mit drei älteren Kleinbauern. Er war schon in Künstleraufmachung, in rosa Trikothosen, die an den Hüften und Knien mit Purpureinsätzen verziert waren. Das Kleidungsstück, das seinen Oberkörper

bedeckte und die mustulösen Arme frei ließ, verriet jedoch aus solcher Nähe taktlos die Geheimnisse seiner Garderobe. Dieses Kleidungsstück war nämlich eine mit dem gefreisten Futter auswärts getragene, nach innen geknöpfte Weste. Mister Fred war wohl bis zum Genick mit Ausnahme eines schmalen Haarbandes, das wie eine Brücke die an den Schläfen ergrauten pomadeglänzenden Haarbüschel verband. Sein von Entbehrungen und Hunger eingefallenes Gesicht war grau und farblos. Mister Fred machte bei flüchtiger Betrachtung dennoch einen stattlich-männlichen Eindruck. Hauptsächlich bewirkte dies der rötliche Kaiser-Wilhelm-Bart, der im Gegensatz zu seiner Erscheinung mit aller Sorgfalt gepflegt war. Dies war auch der Grund, daß die Wahl der drei älteren beleibten Gewatter auf ihn fiel und sie ihn seiner Gesellschaft entzogen und schon mit dem vierten Rännchen Apritosen-schnaps beehrten. Arme Komödianten! Sie kamen zu ungünstiger Zeit ins Dorf. Zwar war es Samstagabend. Aber das Dorf hatte viele Joch Moorland und das hier wachsende Schilf war unentgeltliche Feuerung für arm und reich. Um Mißbräuche und Verschleppungen zu vermeiden, hatte die Behörde nur einen einzigen Tag im Jahre zum Schneiden und Einbringen des Schilfes bestimmt. Dieser Zeitpunkt fiel regelmäßig mit jenem Tage zusammen, an welchem das Moor zum ersten Male hart zustr. In diesem Jahre war zum Vorteil der Gemeinde dieser Fall schon jetzt im November eingetreten. Aber nicht zum Vorteil der Komödianten. Alles, was Hände und Beine hatte, war mit Karren und Fuhrwerken draußen im Moor. Die Hälfte des spärlichen Publikums waren Jaungäste. Natürlich auch die gesamte Verwandtschaft des Wirtes und alle jene, von denen die Künstler Reintücher, Bretter und allerlei hübscher Dekorationen geliehen hatten. Die drei alten Bauern waren angesehenere Persönlichkeiten im Dorf, der eine war der Krösus des Ortes, die zwei anderen Geschworene. Für sie besorgten Diensteute und erwachsene Kinder das Einbringen des Schilfes. Aber auch sie sahen nicht der Komödie halber im Wirtshaus. Sie stellten ihre Kunstteilnahme an Mister Fred nicht durch Lösen von Eintrittskarten, sondern durch Zuwendungen von Apritosen-schnaps ab. Die fehlerhafte Aussprache des Komödianten, der die ungarische Sprache furchtbar radebrechte, amüsierte sie. Sie bestaunten seine Fremdheit und sein Glend.

Mister Fred versuchte über ihre nicht eben schonungsvollen Epäße zu lächeln, inzwischen irrten aber seine wässrigen blauen Augen mit solcher Stumpfheit und solchem Gram umher, daß er an die niederkämpften Märtyrer der heiligen Kunst früherer Tage erinnerte. Einer der Gewatter ließ eben vom Wirt die Schnapsgläser aufs neue füllen und wies großmütig besonders auf Mister Freds Glas. Dieser tat jedoch keinen Bescheid. Er hatte genug. Der starke Schnaps widerstand seinem verhungerten Magen, und er schluckte und rülpfte schon genügend von den genossenen Quantitäten. Ueberdies blähte Mister Tom, der Mann mit der Affenfrage, gerade zur Tür hinein, was das Ende seiner Nummer anzeigte, und das Publikum gab seiner Ungeduld durch Füßscharren und Husten Ausdruck. Auch die Bauern begriffen, daß Mister Fred die Pflicht rief. Sie winkten an Freds Stelle Mister Tom herbei, diesem jetzt ihre Gastfreundschaft zuwendend. Mister Tom zog sich jedoch zurück. Die Bauern glaubten, er verstünde sie nicht. O nein! Mister Tom verstand diese Einladung nur zu gut — aber er trug das Andenken an eine ähnliche Unterhaltung noch zu frisch auf der Nase, ein Andenken, das durch den Aufprall eines vom gegenüberliegenden Tische geschleuderten Bierkruges entstanden war. So brühten die Gewatter Mister Fred, der sich schon erhoben hatte, wieder auf seinen Stuhl zurück und gossen ihm noch die eben bestellte Lage in die Kehle. Armer Mister Fred! Er machte nach dem Hinabwürgen des Schnapses ein Gesicht wie ein Beurteiler. Es schien, daß er sich nicht mehr ganz sicher vom Stuhl erhob, als er nach hinten ging, um hier durch den sogenannten Vorhang auf die Bretter zu schlüpfen. Er richtete sich auf und warf mit bitterfüher Miene Kuhhände in das verehrte Publikum. Jetzt begann eine der Frauen, die in ihrer Jugend in der Stadt bedienstet war, mit den Händen zu klatschen. Ja, sie wußte genau, wie man den Star einer solchen Gesellschaft zu empfangen hatte. Tat es die längere Wartezeit oder sonst irgend was? Das Publikum begann schon im voraus Freude an Mister Freds bevorstehender Verherrlichung zu empfinden. Allgemeiner Applaus setzte ein. Bravo, bravissimo! — brüllte ein bekannter Trunkenbold, ein alter Roghdieb. Bravo, bravissimo! — tobte es weiter, so daß die neugierige Wirtin erst durch ihr „na, was gibst denn?“ den nicht erdemollenden Beifallssturm zur Ruhe bringen konnte. (Fortsetzung folgt.)

# Hast Du schon ein zweites Genosse gefunden?

ständige der Pianofortefabrikanten, daß der Preis für die Klaviere nicht zu hoch, sondern angemessen war. Damit ließen auch alle in dieser Hinsicht ausgestreuten Verdächtigungen zusammen.

Der Fabrikant Boigt war gleichzeitig Besitzer eines Wassergrundstückes in Schmöckwitz. Er bot es Rydahl zur Errichtung eines Landschulheims an. Rydahl antwortete sofort, er könne dazu nichts tun, Boigt möge sich an das Bezirksamt Köpenick wenden. Rydahl hat Boigt auch nicht etwa an das Bezirksamt Köpenick empfohlen. Köpenick trat von sich aus dem Objekt näher, der zentrale Magistrat jedoch lehnte mit der Stimme Rydahls den Ankauf ab. Selbstverständlich hat Genosse Rydahl auch in diesem Fall weder eine Provision gefordert oder erhalten.

Nicht besser ging es den Verleumdern mit dem Fall des Landschulheims Bischofswerder bei Liebenwalde und der sogenannten Karstadt-Stiftung. Zu der letzteren Sache hatte die „Rote Fahne“ behauptet, Genosse Rydahl sei von Karstadt mit 9000 Mark bestochen worden! Gestern waren die Verleumder aber sehr schweigsam, als einwandfrei festgestellt wurde, daß Rydahl gar keine Verhandlungen mit dem Karstadt-Konzern gepflogen, geschweige denn eine Provision erhalten hat. Wenn es dann weiter nach den Lügen der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Roten Fahne“ ginge, müßte Genosse Rydahl die merkwürdigsten Duzfreunde haben, es war gestern allerdings kein im Prozeß genannter Mensch aufzutreiben, mit dem sich Rydahl duzte; ebenso wie die behaupteten „intimen Beziehungen“ Rydahls zur Gräfin Tallebrand ein niederträchtiger Schwindel sind. Und wenn schließlich gesagt wurde, daß Rydahl müsse man das Parteibuch der SPD. besitzen, um etwas zu erreichen, dann wurde gestern einmal festgestellt, daß unter den 291 Beamten im Bereich des Genossen Rydahl ganze 29 Sozialdemokraten sind. So steht die sogenannte Futtertrippewirtschaft der SPD. aus! Der Fabrikant Boigt soll ja auch Mitglied der SPD. gewesen sein, in Wirklichkeit war er sein Verbiag deutschnational.

Der Prozeß nimmt heute seinen Fortgang.

## „Rauhe Kämpfer“.

Der Schießüberfall auf den Tanzpalast „Eden“.

Vor dem Schwurgericht III wurde gestern nach vorangegangener zweimaliger Vertagung die Verhandlung gegen die vier Nationalsozialisten: den Hausdiener Konrad Stief, den Mechaniker Rudolf Wejemann, den Maurer Max Liebscher und den Kaufmann Albert Berlin begonnen. Es handelt sich bei diesem Prozeß um den Schießüberfall auf den Tanzpalast „Eden“ in der Kaiser-Friedrich-Straße in Charlottenburg.

Am 22. November v. J. fanden in dem Tanzpalast mehrere Vergnügungen statt. Im unteren Saale gab es den Ball einer Tanngang und im oberen Saale das Stiftungsfest eines kommunistischen Sport- und Wandervereins. Aus dem Sturmlokal der Nationalsozialisten in der Hebbelstraße 20 hatte sich ein Trupp von 20 Nazis gegen 10 Uhr abends zu dem Tanzpalast „Eden“ begeben und das Tanzvergügen der Kommunisten überfallen. Dabei wurden von den Eindringlingen durch ein Fenster des Vorraumes mehrere Schüsse in den Saal abgegeben, durch die drei Kommunisten verletzt wurden. Die Angeklagten haben sich nun wegen Landfriedensbruchs und Stief wegen verurteilter vorläufiger Lösung zu verantworten. Schon am Mittwoch voriger Woche sollte verhandelt werden. Der Angeklagte Berlin war aber verhandlungsunfähig geworden. Er hatte eine große Anzahl Veronaktabletten eingenommen, da er ein schweres Magen- und Darmliden hat und die Schmerzen stillen wollte. Die Folge war, daß er gleich nach Beginn der Verhandlung in einen tiefen Schlaf versank und in die Chortie geklopft werden mußte. Gestern war er aber wiederhergestellt. Die Angeklagten bestritten, die Gewalttätigkeiten verübt zu haben. Stief stellte in Abrede, jemals eine Waffe in der Hand gehabt zu haben. Auf Vorhalt des Staatsanwaltschaftsrats Sternig mußte er aber schließlich zugeben, daß er mit dem Revolver eines Arbeitstollegen, mit dem er zusammenwohnte, während dieser im Krankenhaus war, im Grünwald Schießübungen gemacht hatte. In dem Revolver hatte sich damals nur eine Patrone befunden. Als der Arbeitstollege aber wieder heimkehrte, waren mehrere Patronen vorhanden. Stief gab zu, daß er nach dem Abschuß der Patrone sich in einer Waffenhandlung neue Patronen beschafft hatte. Er behauptete aber, daß dieser Vorgang sich schon im Sommer abgeschlossen habe und daß er seitdem keinen Revolver mehr in Händen gehabt hätte. Auf diesen Punkt wird in der Beweisaufnahme, die am Freitag beginnt, noch näher eingegangen werden.

## Beweisaufnahme im Waffenschiedungsprozeß

Nach der Vernehmung der Angeklagten in dem Waffenschiedungsprozeß, die sich übrigens bis auf den Nationalsozialisten Happe auf die Frage nach ihrer politischen Einstellung als Republikaner bezogen, wurde gestern nachmittags die Beweisaufnahme eröffnet. Zuerst wurden die Kriminalbeamten vernommen, die die illegalen Waffengeschäfte aufgedeckt und die Zusammenhänge ermittelt hatten. Längere Zeit nahm die Vernehmung des Kriminalkommissars Mühlfriedel ein, an dessen Abwesenheit die erste Verhandlung scheiterte und der von den Angeklagten beschuldigt worden war, daß er sie durch Drohungen zu falschen Geständnissen gezwungen hätte. Eingehend schilderte er die Vernehmung der einzelnen Angeklagten über ihre Rolle bei den Waffenschiedungen und bekundete dem Gericht, daß die Geständnisse alle freiwillig, ohne irgendeine Zwangsmäßigkeit oder Androhung abgegeben worden waren. Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgeführt werden.

## Geglückter Raketenstart.

Osnabrück, 15. April.

Der Osnabrücker Ingenieur Tiling hat heute am Döhlenmoor südlich des Dümmersees geglückte Versuche mit Raketen vorgenommen. Nach dem Start einiger Modelle ließ Tiling die eigentliche Flugrakete steigen, die eine Höhe von 2000 Meter erreichte, dort zwei Flügel entfaltete und nun in langsamem Segelflug in der Nähe des Startplatzes wieder landete. Das Modell war unbeschädigt und wurde sofort zu einem zweiten Start

# Brandruine am Brandenburger Tor

## Die Aufräumungsarbeiten der Feuerwehr

Die Feuerwehr war bis in die späten Abendstunden hinein mit den Aufräumungsarbeiten in dem teilweise zerstörten Blücherpalais in der Friedrich-Ebert-Straße angestrengt beschäftigt. Immer sechs Löschzüge arbeiteten in den schwelenden Gebäudetrümmern. In gewissen Abständen wurden die Züge durch neue Kräfte abgelöst.

Wer von der Straße her die Brandstelle sieht, bekommt kaum ein völlig klares Bild von der Gewalt, mit der das Riesengebiet stundenlang gewütet hat. Die starken, nur wenig rauchgeschwärtzten starken Umfassungsmauern verbergen das Bild der schweren Zerstörungen. Wesentlich anders sieht es auf dem Hof aus, der mit meterhohen Schutthäufen bedeckt ist. An einer Stelle ist das Gebäude bis zum ersten Stockwerk ausgebrannt; die Decken sind eingestürzt und aus den Trümmern schlagen gestern noch vereinzelt die Flammen empor. Die Aufräumungsgruppen haben keine leichte Arbeit, überall lauern Gefahren und nur unter größten Vorsichtsmaßnahmen können die brüchigen Wände niedergelegt und die verkohlten starken Bohlen mit der Art zerlegt werden. Unausführlich wird der Schutt aus den Fensterhöhlen in die Tiefe befördert. Ganze Alleenberge, Korrespondenzen und Bücher flattern in die Tiefe und bedecken die Straße in weitem Umfange. Von vier Seiten führen noch starke Schlauchleitungen in das Gebäude hinauf, immer wieder zeigen sich Brandnester, die jedesmal eine neue Gefahrenguelle bilden.

Die Entstehungsurache des schweren Schadenfeuers ist noch immer Gegenstand der kriminalpolizeilichen Untersuchung. Bis jetzt kann so gut wie nichts gesagt werden, denn die Flammen haben mit solcher Macht gewütet, daß sich kaum Spuren finden lassen werden, die irgendwelche Anhaltspunkte liefern dürften. Im Laufe des heutigen Tages soll eine Reihe von Zeugen vernommen werden; ob die Vernehmungen den gewünschten Erfolg haben werden, erscheint allerdings fraglich, denn als das Feuer entdeckt wurde,

brannte ein Teil des Gebäudes schon lichterloh. Zwei Vermutungen werden gehegt: einmal wird Kurzschluß angenommen; das andere Mal besteht der Verdacht, daß aus einem schadhaften Ofen oder Schornstein glimmende Kohleteilchen herausgefallen sind und das Gebälk in Brand gesetzt haben.

Das Palais ist in seiner jetzigen Gestalt keineswegs so alt, wie vielfach angenommen wird, es ist in den Jahren 1869 bis 1871 durch Karl Richter erbaut worden. Das Gebäude, das ausgedehnte Fassaden hat, ist im Innern fast ausgetastet. In jedem Stockwerk befinden sich 15 bis 20 Räume. Das ursprüngliche Palais, das im gemäßigten Barockstil gehalten war, war schon im 18. Jahrhundert errichtet worden. Fürst Blücher erhielt dieses Gebäude im Jahre 1815 als Ehrengabe. Ueber 100 Jahre lang war es im Besitz der Familie Blücher. Im Jahre 1888 erregte ein Prozeß des dritten, meist in England lebenden Fürsten Blücher, gegen die Stadt Berlin Aufsehen. Fürst Blücher hatte nämlich die Stadt auf Schadenersatz verklagt, weil sie bei den Beerdigungsfeierlichkeiten für Kaiser Wilhelm I. vor der Front des Blücher-Palais eine Zuschauertribüne errichtet und ihn damit um die Möglichkeit gebracht hatte, die Fenster des Erdgeschosses seines Hauses an Zuschauer zu vermieten. Im Jahre 1922 verkaufte sein Sohn das Palais an ein ausländisches Bankhaus. Nach mehrmaligem Besitzwechsel gehört das Gebäude heute der amerikanischen Regierung. Das Schönste in dem Bau war der wundervolle Festsaal, der zu der Wohnung des Fürsten Henkel-Donnersmard gehörte. Dieser Festsaal ist in seinem Inneren achtzig gestalt, die einzelnen Flächen waren mit Tapiserien und Gobelins bedeckt. Dazwischen waren Gemälde und venezianische Spiegel angebracht. Die gesamte Einrichtung dieses Saales, sämtliche Möbelstücke und die kostbaren Wandteppiche sind vernichtet.

Das Feuer wurde dadurch entdeckt, daß zwei Hunde, die in der Dienstwohnung des Fürsten Henkel-Donnersmard gehalten werden, laut zu bellen begannen. Der Nachtwächter hat noch um 3.15 Uhr die Kontrollrunde gesteckt, ohne etwas von dem Brand zu bemerken. Als er eine Viertelstunde darauf sich etwa 100 Meter von dem Gebäude entfernt aufhielt, war der Dachstuhl nach seinen Ausfagen bereits in Rauch gehüllt. Er alarmierte sofort die Feuerwehr, den Hausmeister und die Hausbewohner, darunter den ebenfalls im Blücher-Palais wohnenden Bankdirektor Gutmann. Das Eindringen der Feuerwehr in die Räume des amerikanischen Handelsattachés war durch die diplomatischen Siegel erschwert, da nach den internationalen Bestimmungen das Betreten der Räume ausländischer Vertretungen nur in Anwesenheit von deren Beamten möglich ist.

## Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Am Sonntag, dem 19. April 1931, 11<sup>1/2</sup> Uhr.

„Volksbühne“, Theater am Döllowplatz.

## WERBEFEIER

„Tritt ein, kämpf mit!“

Jugendorchester / Film / Singkreis / Sprech- und Bewegungschor der SAJ, Groß-Berlin.

Eintritt 50 Pfennig. Einlaß ab 11 Uhr.

Karten sind im Jugendsekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen links, erhältlich.

benutzt. Dann kam noch ein Posten Flugraketen zur Vorführung, die fallschirmartig wieder zu Boden kamen. Tiling glaubt, daß er in Jahresfrist mit einem größeren, bemannten Modell seine Vorführungen wiederholen können.

## Kürtens guter Leumund.

Weitere Zeugenaussagen.

Düsseldorf, 15. April. (Eigenbericht)

Als Kriminalkommissar Romberg die Umstände schilderte, unter denen Kürten verhaftet wurde, empfand man besonders stark die Dohnmacht, die die Kriminalpolizei in diesem außerordentlichen Kriminalfall bewiesen hat. Ob sie dabei irgendein Verschulden trifft, läßt sich zur Zeit noch nicht entscheiden. Fest steht jedoch, daß im Laufe der Untersuchung die Beamten mehr als einmal auf Kürtens Namen gestoßen sind. Aber Kürten hatte einen guten Leumund und Zweifel daran schienen nicht erlaubt. Auch soll ein Mädchen, das von einem Mann überfallen und gewürgt worden war, bei der Polizei keinen Glauben gefunden haben; dann ist Kürtens erster Brief über die Grabstelle der Hahn von der Polizei nicht genügend beachtet worden. Wie dem auch sei: Als der Massenmörder Kürten seine Laten austramte, war man erstaunt über die polizeilichen Fehlschlüsse. Man hatte eben nicht mit der überragenden Intelligenz dieses Mörders gerechnet. Die Allgemeinheit verdammt es nur dem irragegangenen Brief, daß die Laten des Mörders nicht mit einem bombastischen Anlaßeffekt, mit einem Massenmord, mit Bräudersprengungen und dergleichen mehr abgeschlossen wurden, denn bis dahin hatte sich Kürtens Phantasie verfliegen. In der gestrigen Sitzung sahen unter den Zeugen zwei weinende Frauen: die dem Mörder schwerverletzt entkommene 55jährige Apollonia Kühn und die Mutter der von Kürten ermordeten kleinen Döhlger. Die eine leidet physisch, die andere seelisch. Kürten hörte die Zeugenaussagen mit in die Hand gestülptem Kopf an.

In der gestrigen Verhandlung wurde u. a. der Sachverständige Prof. Dr. Berg-Düsseldorf vernommen, der die verschiedenen Leichen untersucht hat. Er äußert sich über die kleine Döhlger und Frau Kühn und gibt auf Fragen des Verteidigers an, daß die Verletzungen der Frau Kühn keine dauernden Nachwirkungen haben werden. Die Zeugin Frau Schumacher gibt an, mit Kürten kurz nach der Verhaftung von Stauffberg ein Gespräch gehabt zu haben, und zwar hätte sich Kürten über die Morde geäußert. Stauffberg läme wohl nicht in Frage. Es handelte sich um politische Morde. Auf eine Neuherung von ihr, daß die ganze Sache doch aber grauenvoll sei, hätte Kürten wörtlich gesagt: Das wird noch grauenvoller. Sie werden noch staunen. Die ganze Welt wird staunen. Beim Fortgehen hätte er sich noch zu ihr umgedreht und geäußert: Sie werden noch an mich denken. — Auf Bestragen des Vorsitzenden erklärt Kürten: Ich habe ganz bestimmt noch nicht mit dieser Frau hier gesprochen. Ich bitte, der Zeugin nicht zu glauben. Die Zeugin Schumacher besteht auf ihrer Aussage und sagt, sie erkenne Kürten bestimmt wieder und irre sich nicht. Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

## Um den Paragraphen 218.

Frau Dr. Kienle spricht bei den sozialistischen Ärzten.

Der Verein Sozialistischer Ärzte hatte zu einer öffentlichen Diskussion über das Thema „Arzterschaft und § 218“ in den Spichernsaal gerufen.

Als erster Redner sprach Dr. Ernst Haase. Er wandte sich gegen den Deutschen Ärztebund und gegen den Hartmann-Bund, die gegen die Beseitigung des § 218 Stellung genommen und die Erhaltung des leimenden Lebens als die erste Berufspflicht des Arztes bezeichnet haben. Kein verantwortungsbewußter Arzt ist ein Freund der Abtreibung, wir sozialistischen Ärzte sind gegen die Kurpfuscherei abtreibung. Die soziale Indikation aber wird heute so aufgefaßt, als ob sie ein Vorrecht der Reichen sei und sich nach der Höhe des Honorars richte.

Frau Dr. Kienle sprach besonders über den gegen sie und Dr. Friedrich Wolf angehängten Prozeß und über ihre Erlebnisse während der Untersuchungshaft. „Seit Jahren hatten wir gegen den § 218 gewirkt, und es war kein Zufall, daß man gerade uns verhaftete. In keinem einzigen Falle habe ich allein die soziale Indikation bei der Unterbrechung gelten lassen; die soziale Indikation hat nur dann eine Rolle gespielt, wenn die reine medizinische Indikation zweifelhaft war. So ist man von den 320 Fällen, die zur Anklage führten, bereits auf 106 heruntergegangen, und selbst davon werden ernsthaft nur noch etwa 10 Fälle als strafbar angesehen. Wir wollen, daß dieser Prozeß durchgeführt wird vor dem breiten Forum des Volkes und vor Richtern, die auch soziales Verständnis haben. Das Volk muß dafür sorgen, daß aus dem Volksempfinden Volksrecht wird.“ Als nichtsozialistischer Arzt sprach Dr. Alexander. Wenn man einmal eine geheime Abstimmung unter den Ärzten machen wird, dann würden wohl nicht viele sich für den § 218 aussprechen. Die Sache hat mit dem politischen Standpunkt nichts zu tun, sondern nur mit dem menschlichen, und vom menschlichen Standpunkt ist das Leben der Frau wichtiger als das „Leben“ des Embryos. Frau Dr. Prager-Henzlich wendet sich besonders gegen gewisse Kreise, die sogar die Verabfolgung von empfängnisverhütenden Mitteln von der ärztlichen Begutachtung abhängig machen wollen. Zum Schluß sprach Dr. Klauber, der feststellte, daß sich heute sogar frühere Gegner der sozialen Indikation unter dem Eindruck der Not gewandelt haben.

## Drei Schupo-Beamte verletzt.

Im Norden Berlins, an der Ecke der Schönhauser Allee und Dantziger Straße, bildete sich gestern abend ein etwa 150 Mann starker kommunistischer Demonstrationzug, der durch die Polizei aufgelöst werden mußte. Mehrere Beamte wurden abgedrängt und von den Demonstranten mißhandelt. Drei Schupowachmeister erlitten dabei erhebliche Verletzungen. Nachdem die Polizei Verstärkungen erhalten hatte, konnte die Straße freigegeben werden.

Wie spricht der weise Marabu? Nimm doch **Laxin**, dann hast Du Ruh





## Industrielle Entwicklung in U.S.A.

### Die Krisenwirkungen in der amerikanischen Automobilindustrie.

Die Amerikaner rechneten an der Jahreswende 1929/30 damit, daß sie im Jahre 1930 eine Jahresproduktion von 6 Millionen und einen Jahresexport von 600 000 Automobilen erreichen würden. Tatsächlich kam es ganz anders. Die Entwicklung der amerikanischen Automobilindustrie sah im letzten Jahre folgendermaßen aus:

	1929	1930
Produktion insgesamt	5 358 000	3 355 000 Stüd
Davon Personenkraftwagen	4 587 000	2 814 000
Lasterkraftwagen	771 000	541 000
Export insgesamt	538 000	238 000
Davon Personenkraftwagen	339 000	153 000
Lasterkraftwagen	197 000	85 000

Aus diesen Ziffern ergibt sich also, daß der Export noch wesentlich stärker zurückgegangen ist als die Produktion. Im Jahre 1929 hatte der Exportanteil, gemessen an der Produktion, noch insgesamt 10 Proz. betragen, 1930 dagegen nur noch etwas über 7 Proz. Der Wert des Exports von Automobilen, Automobilteilen, Zubehörteilen, Motoren usw. schumpfte von 1929 bis 1930 von 564 auf 299 Millionen Dollar zusammen, d. h. von 2,37 auf 1,22 Milliarden Mark. Die Einnahmen aus dem Automobilexport haben sich also um mehr als 1,1 Milliarden Mark gegenüber dem Jahre 1929 vermindert.

Diese Exportkrumpfung ist insbesondere auf die verringerte Aufnahmefähigkeit der überseeischen Länder zurückzuführen, die ja den Hauptmarkt für amerikanische Erzeugnisse darstellen. Die drei Länder Australien, Argentinien und Brasilien nahmen im Laufe der fünf Jahre 1925 bis 1929 allein 32 Proz. des ganzen amerikanischen Personenkraftwagen- und 34 Proz. des Lastwagenexports auf. Im Jahre 1930 waren es dagegen nur 13 und 17 Proz.

### Tonfilm- und Telephonriesen.

Die Western Electric Company, die größte Telephonbau- und gleichzeitig Tonfilmfirma der Welt, verzeichnet für das Jahr 1930 eine Verminderung ihres Umsatzes um 12 Proz. Trotzdem sind die Umsätze aber noch um über 30 Proz. größer als im Jahre 1928. Die Umsätze stiegen von 257,9 Millionen Dollar im Jahre 1928 auf 410,9 Millionen Dollar und 361,5 Millionen Dollar in den beiden letzten Jahren. Der Reingewinn wird diesmal mit 15,6 Millionen Dollar ausgewiesen (über 75 Millionen Mark) gegenüber 27 Millionen Dollar im Jahre 1929 und 19,7 Millionen Dollar im Jahre 1928. Das gesamte Vermögen der Gesellschaft belief sich Ende 1930 auf 379 Millionen Dollar, das sind mehr als 1,6 Milliarden Mark.

Das gesamte Kapital der Gesellschaft wird von der American Telephone and Telegraph Company kontrolliert, die in den Vereinigten Staaten den weitaus größten Teil des

gesamten telephonischen und telegraphischen Nachrichtenverkehrs in Händen hat.

### Bankenkampf um Fox-Film-Gesellschaft

Die Fox-Film-Corporation, die sich seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten befindet, wurde bis vor einiger Zeit in der Hauptsache von dem Bankhaus Halsey, Stuart u. Co. finanziert. William Fox, der ehemalige Leiter des Konzerns, verlor zwar einen Prozeß, den diese Bank gegen ihn geführt hatte, machte ihr aber alsdann einen Strich durch die Rechnung, indem er sein Aktienpaket an die Millies Power and Light Corporation verkaufte, eine eigentlich sonst elektrizitätswirtschaftlich interessierte Finanzierungs-Gesellschaft, die unter Kontrolle der größten Bank der Vereinigten Staaten, der Chase National Bank, steht. Seit dieser Zeit nahm die Chase National Bank immer stärker führenden Einfluß auf den jetzt wieder rentabel arbeitenden Fox-Konzern, und die Halsey, Stuart u. Co. hat durch ihren Austritt aus dem Verwaltungsrat den Abbruch ihrer Beziehungen zur Fox-Gesellschaft bestätigt.

Eine neue Anleihe in Höhe von 30 Millionen Dollar (126 Millionen Mark) wird, wie jetzt gemeldet wird, durch die Chase Securities Corporation ausgegeben, ein von der Chase National Bank kontrolliertes Institut. Diese Meldung bestätigt den endgültigen Uebergang der Kontrolle über die auch in Deutschland bekannte Fox-Film-Corporation an die genannte Großbank.

### Harris, Forbes & Co. in Europa.

Die Elektrizitäts-Dachgesellschaft des amerikanischen Finanzierungshauses Harris, Forbes u. Co., die Public Utilities Holding Corporation of America, beteiligte sich soeben an der neuen Gründung einer elsaß-lothringischen Finanzierungs-Gesellschaft für Elektrizitäts-Unternehmungen. Der Name dieser Gesellschaft, deren Aktienkapital vorläufig nur 15 Millionen Franken beträgt, lautet Société de Participations Electriques et Industrielles (Gesellschaft für Elektrizitäts- und Industriebeteiligungen). Diese Gesellschaft, an der außerdem französische Industrie- und Bankgruppen, insbesondere die Ober-rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft, die bei Kembs am Rhein ein gewaltiges Wasserkraftwerk baut, interessiert sind, hat sich ihrerseits an der Großherzoglich-Luxemburgischen Elektrizitäts-Gesellschaft beteiligt. Es sei bemerkt, daß am Kapital dieser luxemburgischen Gesellschaft (Compagnie Grand-Ducal d'Electricité du Luxembourg) die oben erwähnte Public Utilities Holding Corporation bereits direkt beteiligt ist. Es ist dies die gleiche amerikanische Gesellschaft, die in Frankreich auf die Union Electrique Rurale Einfluß genommen hat, die am Aktienkapital der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen beteiligt ist und die jetzt an der Umorganisation der Bewag führend mitzumischen beabsichtigt.

Nach der Erhebung betragen die Vorräte an Winterweizen, die besonders für die Versorgung in Frage kommt, für Mitte März nur 8,6 Proz. gegenüber 19,2 Proz. im Vorjahr! Auch die weniger wichtigen Sommerweizenvorräte sind gegenüber dem Vorjahr niedriger ausgewiesen (17,8 Proz. gegenüber 24,8 Proz.). Die Vorräte an Winterroggen machen 11,5 Proz. (Vorjahr 15,9 Proz.) aus. Die Haferbestände werden mit 9,7 Proz. gegenüber 14,9 Proz. Mitte März ausgewiesen.

Wie lange soll mit dem Schuß der Brotmahlung noch gewartet werden?

### Preussische Hafenpolitik.

#### Staatshilfe für den Königsberger Hafen.

Die Abschließung Ostpreußens durch den polnischen Korridor hat es mit sich gebracht, daß der Seeweg heute die einzige Verbindung dieser abgetrennten Provinz mit dem Mutterlande darstellt, bei der fremdes Hoheitsgebiet nicht berührt zu werden braucht. Dem Seeweg nach Ostpreußen kommt daher eine gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gesteigerte Bedeutung zu.

Der preussische Staat hat die Bemühungen der Stadt Königsberg, ihren Hafen auf eine gesteigerte Verkehrsleistung einzurichten, schon früher durch Beihilfen im Gesamtbetrag von etwa 8 Millionen Reichsmark unterstützt. Auch das Reich hat sich durch Vertiefung des Königsberger Seefanals an der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beteiligt. Diese Maßnahmen haben, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, dazu beigetragen, daß der Königsberger Hafen im letzten Jahr den Güterumschlag vom Jahre 1913 erheblich überschreiten konnte. Da die Unterhaltung des Hafens, insbesondere aber der Kapitaldienst für die aufgenommenen Anleihen für die Finanzen der Stadt Königsberg eine zu schwere Belastung darstellt, ist jetzt der preussische Staat in die bereits bestehende Königsberger Hafenbetriebsgesellschaft als gleichberechtigter Teilhaber eingetreten. Er hat damit zugleich die Verpflichtung übernommen, entstehende Verluste bis zum Höchstbetrage von jährlich 475 000 Mark anteilmäßig auszugleichen.

Diese aktive Unterstützung des preussischen Staates für die Stadt Königsberg erfolgt ausschließlich aus eigenen Mitteln und außerhalb des Rahmens der Dithilfe.

### Rentabler Wagonbau.

#### 5 Proz. Dividende des Linke-Hofmann-Konzerns. — Starke Rückstellungen.

Der Aufsichtsrat des Breslauer Wagonkonzerns, Linke-Hofmann-Busch A.-G., des größten europäischen Wagonunternehmens, hat beschlossen, für das am 30. September abgelaufene Betriebsjahr 1929/30 wieder eine Dividende von 5 Prozent auszuschütten.

Wie schon bei anderen Wagonunternehmungen zeigt auch der Abschluß dieses führenden deutschen Konzerns, daß der Wagonbau trotz verschiedener Betriebsbeschränkungen im allgemeinen von der Krise des letzten Jahres wenig betroffen wurde. Der Rohgewinn des Unternehmens, der schon im Vorjahr von 6,7 auf 8,3 Millionen Mark gestiegen war, hat sich im Berichtsjahr weiter auf 9 Millionen Mark erhöht. Da die Abschreibungen auf die Werksanlagen ganz beträchtlich, um mehr als 40 Proz. heraufgesetzt wurden, hat sich der ausgewiesene Reingewinn gegenüber dem vorhergehenden Jahre mit 1,57 Millionen Mark nicht erhöht. Dementsprechend bleibt auch die Dividende unverändert.

Der Abschluß der Gesellschaft läßt eine ausgeprägte Reserverpolitik erkennen. So erscheint in der Bilanz eine neue Sonderrücklage in Höhe von 2,25 Millionen Mark. In dieser Reserve sind, ähnlich wie es im vorigen Jahr die Verwaltung von Drenstein u. Koppel in Berlin machte, 1,18 Millionen Mark, die aus einer Reichsentschädigung für beschlagnahmte ausländische Betriebe herrühren, untergebracht. Der Rest von rund 1,1 Millionen ist vorweg vom Gewinn abgesetzt worden. Die Heraussetzung der Abschreibungen ist zum Teil durch die Stilllegung des Lokomotivbetriebes, der im abgelaufenen Betriebsjahr gegen Konzeptionen im Wagonbau an Kripp abgetreten wurde, bedingt. Ferner wurde noch rund eine halbe Million Mark für eventuelle Ausfälle bei der Entreibung von Förderungen zurückgestellt. Wir kommen nach Veröffentlichung des Geschäftsberichts auf den Abschluß des Unternehmens noch zurück.

### Schuldentilgung bei Adler-Kleber.

Die Frankfurter Automobil- und Fahrradwerke Adler-Kleber A.-G. konnte im Geschäftsjahr 1930 einen Gewinn von 2,62 Millionen Mark erzielen. Die Gesellschaft, die erst 1929 eine Sanierung vornehmen und ihr Kapital von 19,2 Millionen auf die Hälfte zusammenlegen mußte, sieht von der Auszahlung einer Dividende ab und stellt fast den gesamten Reingewinn in die Reserve.

Die Nebenbetriebe, in erster Linie wohl der Schreibmaschinenbau, haben dem Unternehmen das Ueberleben der Krise entschieden leichter gemacht als einem reinen Automobilunternehmen, wie den Horch-Werken, deren schwere Verluste wir kürzlich veröffentlichten. Während bei Horch der Umsatz um rund ein Drittel gesunken war, ging der Gesamtumsatz bei den Adler-Kleber-Werken nur um 1,7 Prozent von 70 auf 68 Millionen Mark zurück. Der Rückgang ist im übrigen nur auf den Preisabbau zurückzuführen, denn mengenmäßig hielt sich der Umsatz auf Vorjahrshöhe. — Die innere Festigung der Betriebe hat im Berichtsjahr erhebliche Fortschritte gemacht. So gelang es, die im Vorjahr mit fast 12 Millionen Mark ausgewiesenen Vorräte und Warenbestände bis auf 7,5 Millionen abzubauen, womit eine kräftige Senkung der Schulden von 15,5 auf 9,2 Millionen Mark Hand in Hand ging. Andererseits konnten sich die Forderungen leicht von 4,7 auf 5 Millionen Mark erhöhen, so daß die starke Anspannung der Bilanz beträchtlich gemildert werden konnte. Der Absatz in den ersten drei Monaten des laufenden Betriebsjahres hielt sich auf dem Stande des Vorjahrs.

## Und immer wieder Zollwünsche.

### Für Schweine, Schmalz, Hülsenfrüchte, Hafer — Reichsregierung muß ablehnen.

Seitdem der Reichstag in die Ferien gegangen ist, vergeht kein Tag, an dem die Reichsregierung nicht aufgefordert wird, von der erteilten Ermächtigung, die agrarischen Zölle zu erhöhen, Gebrauch zu machen. Die Landvolkpartei hat jetzt eine Abordnung an die Reichskanzlei geschickt, der von dem Staatssekretär Fänder versichert wurde, daß noch im April sich das Reichskabinett mit der Erhöhung von einigen agrarischen Zöllen beschäftigen würde. Wie wir hören, fordert das Landvolk, das man wohl in diesem Falle mit dem Reichsernährungsminister Schiele gleichstellen kann, eine Erhöhung des Schweinezolls von 27 auf 50 Mark, ferner die Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz und eine Erhöhung der Zölle für Hülsenfrüchte und der Haferzölle.

Den städtischen Verbraucher interessiert vor allem, ob die Zollheraufsetzungen eine Erhöhung der Kleinhandelspreise zur Folge haben würden. Die Erhöhung der Zölle für Schweine wird keine große Wirkung auf eine Erhöhung der Schweinefleischpreise haben, denn es ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Jahres die Schweinepreise noch weiter sinken werden. Die Zollsenkung für Schweine ist überflüssig, weil die Schweinepreise in erster Linie von dem Inlandsangebot und nicht von der Einfuhr abhängig sind.

Wehlich verhält es sich mit der Erhöhung der Zölle auf Speck und Schmalz, wenn auch hier eine gewisse Verteuerung nicht ausgeschlossen ist, da der Anteil der Einfuhr an dem Gesamtverbrauch größer ist als der beim Schweinefleisch.

Dagegen muß sich eine Erhöhung der Zölle auf Hülsenfrüchte unbedingt in einer Preissteigerung auswirken, da die Preisbildung besonders für Bohnen und Linsen sehr von den Preisen für die eingeführte Ware abhängig ist. Hier haben die seit Monaten immer wieder erhobenen Zollforderungen bereits eine beträchtliche Preissteigerung hervorgerufen. Zollherhöhungen werden nicht etwa die Einfuhr verhindern, sondern es werden nur die Preise weiter hinaufgetrieben werden. Die Landwirtschaft selbst hat gar kein Interesse mehr daran, da sie bereits den allergrößten Teil ihrer Vorräte verkauft haben dürfte.

Man will anscheinend in Verfolgung des Schiele'schen Reichsbestellungsplanes, der einen Ersatz der verminderten Roggenanbaufläche durch vermehrten Anbau von Hülsenfrüchten vorsieht, den Landwirten einen Anreiz geben, mehr Bohnen und Linsen anzubauen. Der Linsenanbau ist aber ständig zurückgegangen, weil in Deutschland Linsen längst nicht mehr so billig produziert werden können wie in anderen Ländern, so daß eine Verstärkung des Anbaus nur möglich ist, wenn die Preise bedeutend erhöht werden.

Eine Preiserhöhung bedeutet aber eine gerade jetzt sehr empfindliche Belastung des Massenbauschafts, denn wo die Zahl der Arbeitslosen am größten ist, werden Linsen und Bohnen stark gekauft.

Geradezu unsinnig wäre eine Erhöhung des Haferzolls. Unverzollter Hafer kostet zur Zeit in Hamburg 73 bis 78 Mark je Tonne, dagegen notiert deutscher Hafer franko Hamburg 199 Mark. Die Differenz zwischen den Preisen für deutschen und ausländischen Hafer ist also ungefähr ebenso hoch wie der jetzt geltende Zoll von 120 Mark. Dieser enorme Zoll, der sich jetzt voll auswirkt, hat die Einfuhr an Hafer fast völlig unterbunden. Während 1929 110 000 Tonnen Hafer importiert wurden, ist die Einfuhr 1930 auf 19 000 Tonnen gesunken. Diese geringe Einfuhr spielt natürlich gegenüber einer Ernte von 5,6 Millionen Tonnen gar keine Rolle. Die Agrarier fürchten aber, daß die in den letzten Wochen erfolgte Steigerung der Haferpreise nicht weiter anhalten wird, weil sich dann eine Einfuhr lohnen würde. Man will also den Haferpreis, obwohl die Landwirte nur noch geringe Vorräte an verkaufsfähigem Hafer besitzen, nur noch höher treiben. Daß dadurch die aus dem Hafer hergestellten Nahrungsmittel verteuert werden, kümmert sie natürlich wenig. Das Größte an dieser Zollforderung ist aber, daß hierdurch der Reichsbestellungsplan des Ernährungsministers Schiele, der eine Einschränkung der Haferstärke vorsieht, durchkreuzt würde, denn eine übermäßige Preissteigerung für Hafer hat natürlich die entgegengesetzte Wirkung zur Folge: Die Landwirte dehnen den Haferanbau aus.

Es wäre von der Reichsregierung unverantwortlich, wenn sie diesen Zollforderungen, deren Unzweckmäßigkeit auch für die Landwirtschaft und deren Schädlichkeit für die Gesamtwirtschaft auf der Hand liegt, nachgeben würde. Zölle dieser Art wirken wie Kaufschiffe; sie bringen bestenfalls Augenblicksvorteile und zerstören auf die Dauer den Wirtschaftskörper, auch den Landwirtschaft. Eine solche Kaufschiffpolitik wäre der Brüning-Regierung unwürdig.

### Wann wird der Weizen Zoll gesenkt?

Der Deutsche Landwirtschaftsrat veröffentlicht seine Erhebung über die Erntevorräte für Mitte März, die mit zwingender Notwendigkeit ergeben, daß das Reichsernährungsministerium endlich an die Zollermäßigung für Weizen geht, damit die Versorgung in Deutschland sichergestellt und eine Katastrophe vermieden wird.

**ENVERBEY**  
**VALUTA**

PACKUNG 30 PFENNIG

DICK & RUND 0/MST.

**Eine Zigarette, die so schnell beliebt geworden ist, beweist, wie sehr sie gefehlt hat.**

# Andreas Calzko: Fritzis Glück und Ende

Fritzis Einreise ins Leben war mit großen Umständen verbunden gewesen wie eine Fürstenfahrt. Jeder größeren Station war seine Ankunft telegraphisch vorausgemeldet worden, damit man ihm Wasser und etwas Nahrung in die Kiste reiche. Aber Fritz war zu jung und unerfahren, um die Rücksichten nach Gebühr zu würdigen, und blieb, als er sein Ziel endlich erreicht hatte, trotz begeisteter Aufnahme, anfangs aufs Tiefste niedergeschlagen. Der weiche Smyrnatteppich behagte ihm wohl sofort, das beängstigende Klattern, Rütteln, Zischen und Pfeifen der Bahn machte ihn jedoch misstrauisch gegen jede Veränderung, und Heimweh nach Mutter und Geschwistern, nach dem Tollen auf dem Spielplatz der berühmten deutschen Hundezuchtanstalt verdüsterte den Glanz alles Gegenwärtigen.

Wer es noch nie an sich selbst beobachtet hat, wie leicht körperliches Wohlbehagen alle wehmütigen Gefühle niederringt, möge die Schnelligkeit, mit welcher Fritz sich eingewöhnte, schneidenden Untand nennen. Im verschwenderischen Haushalt einer reichen Petersburger Baronin als Primadonna gefeiert, von einer vielföpfigen Dienerschaft umgeben, mit Rosenworten und süßer Nahrung überhäuft — nur sehr wenige Hunde und noch weniger Menschen hätten genügend Charakter, auf Daunenkissen liegend nach dem Strohlager ihrer Kinderstube Heimweh zu haben.

Fritz jedenfalls vergaß rasch, lernte seine Nacht kennen und seine Herrin lieben, was ihm nicht schwer fiel, da das Erscheinen dieser angenehmen Dame unfehlbar das Knacken eines Stückes Würfelzucker nach sich zog. Im Apportieren, Schönputzen und dergleichen hingegen zeigte er sich durchaus ungeschickig, denn er verachtete diese niedrigen Kniffe streberischer Seelen, hatte sie auch gar nicht nötig, sein bloßes Eintreten genügte stets, um alles in helle Verzückung zu versetzen. Die frühlichen Pendelschläge seiner zottigen kleinen Rute verließ er nur Personen, die sich irgendwie um ihn verdient gemacht hatten, und Stolz und Dankbarkeit der also Ausgeszeichneten bezugnehmend, daß seine Huld sie überreichlich entlohnte.

Dennoch wäre es ungerecht anzunehmen, Fritz sei hochmütig, blasfem oder tyrannisch geworden. Er benahm sich seinem tadellosen Bediener entsprechend würdevoll, aber leutselig, nur das Gefühl der Dankbarkeit blieb ihm fremd, weil er ja gar nicht wußte, daß es ihm auch schlechter hätte ergehen können im Leben. Was er über die Existenz der Proletenhunde auf der Straße wußte, war zu wenig, um Vergleichsmöglichkeiten zu bieten. Er sah sie wohl, wenn er mit der Herrin ausfuhr, ließ sich aber nur ungern von ihnen ansprechen, denn erstens fürchtete er sich vor Ungezieferei, das diese ungepflegten Kreaturen zum Teil im Felle trugen, zweitens hatte er bald gelernt, daß derlei Vertraulichkeiten selten gut endeten, entweder er kam an einen Flegel, der die Uebermacht seines abgehärteten Physis zum Nutzen mißbrauchte, oder die Baronin spannte ihn wieder an die Leine, um jede weitere Berührung mit dem Böbel zu verhindern. Die Hunde aber, die ab und zu auf Besuch mitgebracht wurden, eigneten sich erst recht nicht, Fritzis Wissen über das Leben im allgemeinen zu erweitern. Sie waren alle adeligen Gebüses, zum Teil recht hochmütig, und immer von der Ueberzeugung durchdrungen: ein Hund brauche nur zu repräsentieren und geminnende Manieren zu haben, diese zwei Pflichten, gewissenhaft ausgeübt, würden stets ihren Mann ernähren.

Eine einzige Quelle gab es, die Fritz — dank seinem Geschlecht — in die Tiefe führen, seine Erfahrungen erweitern, seine Urteilskraft härten konnte. Aber gerade diese eine Quelle wurde mit ganz besonderer Sorgfalt eingebäumt, niemals durfte Fritz im Frühjahr anders als an der Leine die Straße betreten, und die einzige Konzeßion an seine leidenschaftliche Natur war jährlich ein Besuch bei einer Blutverwandten, die aus der gleichen Hundezuchtanstalt stammte und Hausfreundin der Gräfin Pruskoska war. Die Herrlichkeiten des Werbens und Tändelns, der beglückende Stolz auf gelungene Eroberungen, der ganze poetische Zauber des Liebeslebens entfiel bei diesem kaltherzigen, programmäßig kurzatmigen Anstandsvisten, so daß Fritz sich zuweilen so weit vergaß, ganz gewöhnlichen, raffelosen Frauenzimmern nachzuseufzen, und sie reizvoller zu finden als seine vornehme Cousine.

Glücklicherweise hatte Fritz gerade in dieser Frage ein leuchtendes Muster an seiner Herrin, die als geborene Komtesse ganz bestimmt auch würdige Objekte für ihre Zärtlichkeit gewußt hätte als den Baron, der eigentlich nur Industriebaron war, noch nicht im Adelskatalog stand, wie ein Raubtier agierte, und bei Nacht wie eine Lokomotive schnaubte. Aber beide, sowohl die Baronin als auch Fritz, waren nun einmal für Smyrnatteppiche, Süßigkeiten und aufmerksame Bedienung eingenommen, und betrachteten diesen einzigen Verzicht übereinstimmend als den Preis, der für ihre angenehme Lebensführung zu entrichten war. Die Sehnsucht nach Poesie konnte im komfortablen Boudoir als verkürzter Schmerz genossen werden; die Sehnsucht nach ein wenig Komfort hätte auch in den Armen einer großen Leidenschaft viel schmerzlos gefoltert.

So waren beide mit allem, auch mit ihrer Unzufriedenheit im Grunde recht zufrieden, seitdem die gestauten Zärtlichkeiten gegenseitig aufeinander ab, die Baronin paßte ihren Gesichtskreis unbemerkt immer noch mehr dem ihres Hundes an, und der Hund war, unter dem Druck des ständigen Beisammenseins, allmählich eine Art in Zwergspitzform genähertes anderes Ich seiner Herrin geworden. Beide hatten nichts zu tun, als zu sein, als was sie geboren waren — beide wurden auf den Händen getragen (Fritz wortwörtlich, die Baronin im übertragenen Sinne) — beide bemerkten Bequemlichkeiten und Aufmerksamkeiten erst, wenn sie ausblieben oder auf sich warten ließen, und es wäre recht schwierig gewesen zu entscheiden, wer von den beiden ahnungslos und gleichgültiger der Frage gegenüberstand: aus welchen Quellen die Mittel flossen, die ein solch lächerlich angenehmes Leben ernährten. Hätte ein unzufriedener Querkopf das Boudoir der Baronin gestürmt, um es ihr vorzuwerfen, daß dreitausend Arbeiter mit zehntausend Kindern körperlich und geistlich gleich verarmt langsam zugrunde gehen mußten, damit der Baron aus den erhöhten Dividenden Elektromobil, Toiletten, Bedienung und Delikatessen für Herrin und Hund bestreiten könne, Fritz hätte sich über das Ungewohnte der schweren, fortigen Stiefel auf dem Smyrnatteppich und den Geruch des Fremden aufgeregt, und die Baronin hätte den Vacuum hereinbringen und das Zimmer lüften lassen, ohne viel besser als Fritz zu verstehen, was der jubringliche Kerl eigentlich gewollt hatte.

Fern allen Häßlichkeiten und Härten des Daseins hatte Fritz die ersten sechs Jahre seines Lebens derart in Frieden aufgezogen, ohne zu ahnen, daß er auch Feinde haben könnte, trotzdem er selbst niemandem feind war. Da kam der Donnerstags.

Der Krieg, trotz seiner langen Dauer unschlagbar, in die Lebensgeschichte dieser zwei bevorzugten Wesen irgendwie störend eingegriffen, war verloren, und der sogenannte „Umsturz“ setzte ein. Wäre Fritz ein Vorliebhund, ein Neufundländer oder Bernhardiner gewesen, die Baronin hätte ihn vielleicht vor einen kleinen Karren gespannt, um sich als Gendehänderin verkleiden vor ihm retten zu lassen. Ein Zwergspitz aber ließ sich nicht umwandeln, sein Wuchs demüthigte ihn als „Schöpfhündchen“, und in der verkehrten Welt, die hereingebracht war, hätte Fritz größter Vorzug: ein

niedliches Tier zu sein, leicht auch der Herrin zum Verderben werden können.

So ließ sich also die zitternde Baronin von dem einzigen getreuen Wesen im ganzen Hause, dem zweiten Abwaschmädchel, das sie früher nie eines Blickes gewürdigt hatte, in abgetragene Arbeitskleider stecken, nahm von Fritz tränenerfüllt, aber äußerst hastigen Abschied, und lief davon, nur von der Schmutztafel begleitet.

Im Gehirn ihres verlassenen Freundes spiegelte sich der Umsturz sehr unklar, er begriff nicht recht, was die Stimme seiner Herrin im Geruchskomplex des zweiten Abwaschmädchels zu suchen hatte? Dunkle Vorahnungen sagten ihm, daß irgend etwas nicht in Ordnung sein müsse, wobei er unter „Ordnung“ den für seine Person bestimmenden Gang der Dinge verstand. Wie sollte er anders? Bei reichen Leuten erzogen, hatte er gelernt, das eigene Wohlbehagen für den Mittelpunkt auf dem ethischen Thermometer anzuschauen, und da das Quecksilber unter dem Gefrierpunkt sank, sein Mittagessen zur gewohnten Stunde ausblieb, sang er wütend zu besen an.

Es wäre unbillig, von einem Zwergspitz Verständnis für Umwälzungen zu fordern, die selbst Menschen nicht leicht zu erklären sind. Doch sich alle Schüsseln in Unrecht und Unordnung wandeln, sobald sie anderen vorgeführt wurden, war eine schmerzende Weisheit, die Fritz erst kurz vor seinem Tode erfahren sollte; im Hause der Baronin hatte er nie von „anderen“ sprechen gehört. Er bellte also weiter, bis der lästigen Erwartung die fürchterlichste Ueberbahrung folgte: seine eifrigsten Hofmacher und Verehrer, der Kammerdiener, der Chauffeur und der Portier, ins Zimmer stürzten, aber nicht, um ihn mit Liebkosungen zu beschwichtigen, sondern mit Fußtritten und lebensgefährlichen Wurfgeschossen auf die Straße zu jagen.

Hier hätte der Winter, gemeinsam mit den Roheiten der Straßenjungen und der Straßenhunde, dem Lebensweg wahrscheinlich bald ein Ende gesetzt, ohne das zweite Abwaschmädchel, dessen Treue in der neuen Ordnung Verrat hieß und ganz ähnlich wie Fritzis Bellen bestraft wurde. Das gleiche Schicksal brachte sie einander näher. Fritz folgte in seiner Raslosigkeit gerne dem Geruch, den er doch schon kannte, bekam statt einer Baronin ein Bauernmädchel zur Herrin, und geriet aus dem düstigen Boudoir in eine schmutzige russische Iba. Jeder andere Hund hätte sich nun allmählich eingewöhnt, mit der ungepösierten Bank, den nackten Dielen, den ordinären Umgangsformen abgefunden. Fritz nicht! Zu tief hatte sich die Weltanschauung der Baronin in seiner Seele verankert, er hatte Heimweh nach Teppichen und Daunenkissen, die überall eine neue Heimat erschaffen, durch ein Heim ohne Komfort hingegen nicht ersetzt werden konnte. Warum dem Boden, der einem keine Vorzugsrechte bot, Vorzugsrechte in seinem Herzen einräumen? ... Der Hotelpalast in St. Moritz glich dem Vaterland, das die Baronin geliebt hatte, viel mehr als das echt russische Bauernhaus, in dem Fritz nun wohnen mußte. Ueber Gebirg und Tal hegten die Getrennten immer noch die gleichen Gefühle, nur mit dem herben Unterschied, daß Fritz nicht in St. Moritz sah, sondern das Land seiner Sehnsucht nur mit der Seele suchte.

Bei den Bauern, die scheinbar jede Muttergans und jedes fleißige Huhn höher einschätzten, als den raffestehenden, aber unnützen Zwergspitz, verschorzte sich Fritz mit seiner Melancholie die letzten Sympathien. Ein Hund, der immer nur winselte, für keinen noch so fetten Knochen richtig dankbar war, mochte nicht einmal Freude. Man ließ es Fritz merken, daß er im Wege war, bis er endlich, vom Hunger nach Zärtlichkeiten und Luxus getrieben, eines Nachts entließ.

Winziger schwarzer Punkt auf dem breiten, mondheimgelben Band der Landstraße trottelte er hoffnungsbeseelt bis zum ersten Dorf, wo gleich die rauhe Wirklichkeit über ihn herfiel in Form riesiger, böswilliger Bauernhöfe, die brüllend hervorstürzten, um den Landstreicher zu vernichten. Dahinrosend auf den garten Beinchen, rettete Fritz nur seine Behendigkeit; da aber die Jagd in jedem Dorfe neu einsetzte, erlahmten bald seine Kräfte, das Herz hämmerte gegen die Rippen, es wollte es um jeden Preis aus dem gehetzten Leib springen, und gegen Morgen war er so erschöpft, daß es einigen Dorfbarstarden doch gelang, ihn einzuholen.

## Martin Aderhold:

### Ausflug zum Merkur

Von den acht Planeten unseres Sonnensystems ist der Merkur der kleinste. Wenn wir uns mit der recht ansehnlichen Schnelligkeit von 300 Kilometern in der Stunde dorthin begäben, würden wir etwa achtzehn Jahre brauchen, um ans Ziel zu kommen, und zwar auch nur, wenn der Merkur sich in größter Erdnähe befindet, was einer Entfernung von 75 Millionen Kilometern entspricht. Die Bahn des Merkur ist die eigenartigste unter allen Planeten des Sonnensystems, da sie ungeheuer schwankende Sonnenabstände aufweist, die zwischen 70 und 46 Millionen Kilometern variieren. Ist der Merkur der Sonne am nächsten, so erscheint dort die Sonne zehnmal so groß, wie wir sie von der Erde zu sehen gewöhnt sind. Der Sternenhimmel, vom Merkur gesehen, bietet ungefähr das gleiche Bild, wie der Betrachter es von der Erde in sich aufnimmt. Das Eigenartige ist aber, daß der Himmel immer pechschwarz erscheint, auch am „Tage“, hat doch der Merkur keine Atmosphäre. Aus dem gleichen Grunde sieht man keine Fixsterne funkeln, wohl aber kann man die Sonnentuberanzen beobachten, ohne erst eine Sonnenfinsternis abwarten zu müssen.

Auch auf dem Merkur gibt es Sommer und Winter, und zwar spielt hier die Entfernung des Planeten von der Sonne die entscheidende Rolle. Wenn der Merkur sich in der größten Entfernung von der Sonne befindet, also in 70 Millionen Kilometern Abstand, ist die Wärmeabstrahlung viermal größer als hier auf der Erde. Wenn aber der Merkur der Sonne am nächsten ist, in 46 Millionen Kilometern Abstand, so ist die Wärmeabstrahlung neunmal so groß wie auf der Erde. Da der Merkur nach den bisherigen Forschungen eine gebundene Rotation hat, das heißt, sich in genau der gleichen Zeit, die er braucht, um seinen Lauf um seine Zentralsonne zu vollenden, einmal um sich selber dreht, so kehrt er stets die gleiche Seite der Zentralsonne zu. Es ist genau wie bei dem Mond. Die der Erde abgekehrte Seite des Mondes hat nie ein Mensch gesehen. Bei dem Merkur bedeutet das, daß stets die gleiche Seite der brennenden Sonne zugewandt ist, während die entgegengesetzte Seite dem eisigen Weltraum zugewandt bleibt. Auf der der Sonne zugewandten Seite werden Temperaturen von über 400 Grad Celsius gemessen. Auf der anderen Seite ist die Abkühlung so ungeheuer, daß hier der absolute Nullpunkt erreicht wird, das heißt, die Temperatur des Weltraums, die — 273 Grad beträgt.

Das durch die Messungen festgestellte Gewicht des Merkur ist bedeutend geringer als das der Erde, nicht nur weil er kleiner ist, sondern auch weil der Stoff, aus dem er besteht, nur zwei Drittel der Dichte besitzt, die dem Stoff der Erde eigen ist. Demgemäß ist die Schwerkraft auf dem Merkur nur zwei Fünftel so groß wie die

Erde. Das ist, das schöne Fell mit Straßenstaub und geronnenem Blut verklebt, sah er bekümmert ein, daß es doch nicht möglich sein werde, das Glas in einem Galopp zu erjagen. Er wollte im Schlafe neue Kräfte schöpfen, schleifte sich in ein Gebüsch, erwachte aber sehr bald, von einem ganz neuen, bisher völlig unbekannten Gegner attackiert. Als wäre es einem der großen Bauernhunde gelungen, in sein Inneres einzudringen, so wütend grub der Hunger die scharfgezackten Hauer in seine Eingeweide. Er kroch wieder hervor, schob sich, den Bauch auf dem Boden, wie ein nahrungslustiger Wurm dem nahen Dorfe zu, das vielgestaltige Mäuschen schnuppernd in der Luft. Nicht einmal das Kennenauge der Baronin hätte dem notgegaunten, verkommenen Bettelhund sein Bedauern in diesem Zustand angedeutet! ...

Es war der Tag des Herrn, der Duffschwaden eines Sonntagsbratens jag den unglücklichen Fritz, wie eine Leine, zu einem abseits liegenden Hof. Hinter der fahlen Hecke lag ein mächtiger Schäferhund, eine Schüssel mit Abfällen zwischen den Pranken.

Und hier wurde Fritz seine vornehme Erziehung endgültig zum Verhängnis. Jeder stupide Durchschnittshund hätte genau ermaßen, wieweil gefährliches Unternehmen es sei, den eigenen Hunger von der Portion eines anderen stillen zu wollen. Fritz war aber Debutant im Daseinskampf. Er merkte es nicht, wie sehr seine Stellung sich verschoben hatte, daß jetzt er auf der Straße draußen stand, und der Versuch, den er unternahm, ein Angriff auf die „Ordnung“ des Schäferhundes war, weil die Ordnung immer dort ist, wo die Fleischschüssel liegt.

Der glückliche Besitzer der Sonntagsknochen beobachtete mit majestätischer Gleichgültigkeit den kleinen Stroch, der sich mit zitternden Pfoten an ihn heranschraubte, die verstaubte Rute in verbindlicher Pendelbewegung. Im Schatten knolligen Bauerngeizes, als berufener Hüter des Eigentums aufgewachsen, dachte er nicht im entferntesten an die Möglichkeit einer derart frechen Verletzung aller Rechtsbegriffe. Als das Unglaubliche dennoch geschah, ein Zwerg sich unterstand, den Starren herabzuheben zu wollen, schnappte er, ohne sich vom Platze zu rühren, nach dem Genick Fritzis, schlug die Zähne bis tief an den Rückenwirbel und schmeuderte mit einer kurzen Bewegung seines Kopfes das lebende kleine Bündel hoch in die Luft und froh dann weiter, ruhig im Bewußtsein des Gerachten, der eine wohlverdiente Züchtigung erteilt hatte.

Fritz flog, um die eigene Achse rotierend, schlug mit dumpfem Poltern schwer auf die Erde und stimmte einen mißtonenden Schwanengesang an, der zwei junge Burschen an die Schwelle des Hauses lockte. Was sie erblickten, war gar nicht mehr Fritz, viel eher ein Knäuel aus schmutzigem, blutgetränktem Berg. Aber das scharfe Auge der unerbörlichen Landkinder erkannte selbst in dieser formlosen, zuckenden Masse noch den Feind, den „Städtischen“, den Stutzer und Tagelöhner, und sie eröffneten, um ihm das Zuckersüßeln endgültig abzugewöhnen, ein Um-die-Beite-werfen auf das seltene Ziel.

Die Todesangst gab Fritz noch einmal Kräfte. Er wollte einige Schritte, fiel getroffen hin, rutschte wieder weiter, sein Leben vergebend, als bewegte er sich auf einem blutigen Schienenstrang, bis er endlich, mit mehr Wunden bedeckt, als auf seinem winzigen Körperchen eigentlich Platz hatten, endgültig liegen blieb, in den brechenden Augen rasilose Erntauen über die unerklärliche, geheimnisvolle Schicksaligkeit aller Tiere und Menschen.

Die Baronin, die um diese Zeit erst siebenunddreißig Jahren ihres zwei Meter langen Kolliers aufgegessen hatte, erzählte oft bitterlich weinend von „ihrem Fritz“, trotzdem sie ihn längst schon mit einem nicht weniger raffestehenden Ring Charles ersetzt hatte. Sie liebte es, der rührenden Treue ihres einstigen Lieblings den Unbanf der Menschen, das niedrige Betragen ihrer Dienerschaft gegenüberzustellen, und überließ hierbei völlig, daß sie ihre Bedienten nie im Elektromobil ausgefahren, nie in den Schoß genommen, eigenhändig mit Delikatessen gefüttert oder auf die Nase geküßt hatte. Die Lieblosigkeit der Baronin, daß sich nur die Anhänglichkeit der Tiere auch in der Not bewähre, die Menschen hingegen in der Gefahr keine Freundschaft kannten, hatte demnach ihre Richtigkeit. Wäre der arme Fritz nicht als zerlegtes Bündel auf dem Misthaufen eines Bauernhauses verendet, er hätte dieser Behauptung, auf Grund der Erfahrungen, die er mit seiner Herrin gemacht hatte, laut kräftig zugestimmt.

irdische; eins unserer Kilogramm würde also auf dem Merkur nur 400 Gramm anzuwiegen. Der Mensch, der nach dem Merkur kommt, würde sein Körpergewicht um die Hälfte vermindert sehen. Wenn seine Muskelkraft unverändert bliebe, könnte er dann, da er so ein geringeres Gewicht zu tragen hat, doppelt so hoch springen wie hier. Die Bäume könnten ganz andere Früchtungen tragen, ohne niedergebogen zu werden, es wäre möglich, weit längere Brücken zu bauen, da sie kein so großes Gewicht zu tragen hätten wie auf der Erde. Da es auf dem Merkur keinen Luftwiderstand gibt, kann man sein Ziel mit Sicherheit treffen; die Schußweite wäre ungeheuer.

Ein Schnellzug, der 90 Kilometer in der Stunde fährt, würde in 75 Tagen rund um den Merkur herum fahren können.

Da auf dem Merkur keine Luft vorhanden ist, ist es dort tötenstill. Es gäbe also keine Möglichkeit, sich durch Sprache zu verständigen, man wäre auf schriftlichen Verkehr angewiesen.

Ein Merkurbewohner, der die Erde besuchte, würde ebenfalls sehr seltsame Eindrücke haben, denn zunächst würde er ja zweifelhafte mal soviel wiegen wie daheim auf dem Merkur und mühte kriechen, statt zu gehen, denn dieses große Gewicht vermöchten seine Muskeln natürlich nicht zu tragen.

Die „rote Pest“ Amerikas sind die ungeheuren Waldbrände, die alljährlich in der warmen Jahreszeit das Land heimfuchen. Wie sehr der Waldbestand Amerikas durch Brände, die meist durch Funken der Lokomotiven verursacht werden, gefährdet wird, erhebt aus der Tatsache, daß jährlich rund 50 000 Quadratkilometer Waldfläche der roten Pest zum Opfer fallen. Der Schaden beträgt in jedem Jahre mehr als 20 Millionen Dollar. Natürlich lassen die zuständigen Stellen nichts unversucht, um der Gefahr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen. Es sind auf Höhen in Waldgebieten überall Ueberwachungsstellen eingerichtet, die nach Rauchfäden Ausschau halten und im Bedarfsfalle sofort die Brandschutzabteilungen benachrichtigen. Eigenartig ist die Tatsache, daß durch einen Waldbrand niemals der gesamte Waldbestand vernichtet wird, sondern gerade hochstehende Bäume oft unberührt bleiben.

Vor etwa dreihundert Jahren wurden in Holland die größten Anstrengungen daran gesetzt, schwarze Tulpen zu züchten, es ist aber mißlungen. Später sind ähnliche Versuche bei Rosen unternommen worden, doch bisher ebenfalls immer vergeblich. Man hat zwar blaue Rosen erzielt, aber dunkelblaue Rosen scheinen ebenso unerreichbar zu sein wie schwarze. Auch blaue Chrysanthenen oder blaue Pelargonienblüten hat noch kein Züchter herorgewacht. Blaue Dahlien zu gewinnen ist seit vielen Jahren angestrebt worden, und vor etwa drei Jahren hat ein eifriger Züchter einige Erfolge gehabt, aber die wirklich blaue Dahlie ist ebenfalls noch immer Zukunftsmusik. Der neueste Edelreiz der Züchter ist, wohlriechende Blumen zu erzeugen, und zwar geht man von der Beobachtung aus, daß scharlachrote Blumen immer geruchlos sind. Es ist also jetzt das Ziel, eine scharlachrote duftende Blume zu züchten.